

Er erscheint täglich morgens. (Montage und nach Feiertagen als Sonntagsblatt.) Preis: 10 Pf. (Postgebühren) monatlich 3 Mark. Geschäftsstelle: Reichsstraße 10, Tel. 1631. Neisse, Breslau. Druck: J. G. Neumann, Neisse, Breslau. Verleger: J. G. Neumann, Neisse, Breslau.

Oberschlesische

Einzelpreis 70 Pf. Sonntags 100 Pf. Die einpfeifige Seite in 10 Minuten für 10 Pf. gedruckt. Für 1000 Exemplare 100 Pf. (Postgebühren) monatlich 3 Mark. Geschäftsstelle: Reichsstraße 10, Tel. 1631. Neisse, Breslau. Druck: J. G. Neumann, Neisse, Breslau.

Volksstimme

Organ der Katholischen Volkspartei Oberschlesiens

Ar. 39 Donnerstag, den 9. Februar 1922 48. Jahrgang

Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes

Berlin, 8. Februar.

Die gestrigen Besprechungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Gewerkschaften führten am späten Abend zu einem Ergebnis, als die Beamtenevertreter den vollständigen Abbruch des Streiks in Aussicht stellten. Die Vertreter der Reichsgewerkschaft gaben die Erklärung ab, daß sie noch am Dienstagabend den Streik als beendet erklären wollten. Die Reichsregierung ist bezüglich der Frage der Maßregelung von ihrem Standpunkt nicht abgegangen, hat aber die Erklärung abgegeben, daß die Disziplinarverfahren nach den vom Gesamtkomitee aufgestellten Richtlinien erfolgen sollen. Bei sofortigem Abbruch des Streiks wird von Waffensdisziplinarverfahren und Massenentlassung abgesehen. Den in Frage stehenden Beamten wird das Beschwerdeverfahren gestattet. Die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten daraufhin noch am gestrigen Abend ihren Organisationen telegraphisch die Aufforderung zur Beilegung des Streiks zugehen zu lassen.

Die Streikabbrucherklärung

Berlin, 8. Februar. (Eig. Meld.) Der Aktionsausschuß deutscher Eisenbahnbeamten ist heute morgen zusammengekommen, um entsprechend seiner gestern beim Reichskanzler abgegebenen Erklärung an sämtliche Bezirksverbände telephonisch und telegraphisch Mitteilung zu machen. Die Mitteilung lautet:

„Streik abgebrochen, sofort geschlossen in die Betriebe.“

Der Aktionsausschuß erklärt uns auf eine Frage, daß er nicht daran zweifle, daß seine Aufforderung überall sofort angenommen werden dürfte. Wenn ersten Züge in Bewegung gesetzt werden können, kann der Aktionsausschuß natürlich sagen. Er rechnet aber damit, daß es bis heute abends geschehen kann. Der Aktionsausschuß erklärt weiter, daß er den Abbruch des Streiks in der festen Voraussetzung angeordnet habe, daß die Regierung zu ihren Erklärungen stehen werde.

Nach der Einigung

Berlin, 8. Februar. (Eigene Meldung.) Erklärung der Reichsgewerkschaft, mit der Streik als beendet erklärt wurde, wird politisch Kreisen Berlins sehr verschieden beurteilt. Die Rechte, bis in die Kreise der Volkspartei hin, faßt die Erklärung als Nachgeben der Regierung gegenüber den streikenden auf. In unterrichteten Kreisen war man sich aber vornehmlich klar, daß der Streik nichts mit einer Entlassung aller streikenden enden könnte, da das das gesamte deutsche Verkehrsleben außerordentlich stark beeinträchtigt worden wäre. Wirklichkeit kann es sich nur um die Entlassung von Streikführern und Gehern handeln. Ueber das hier einschlagende Verfahren hat Reichsverkehrsminister Gredner ausführliche Erklärungen abgegeben, die Zustimmung auch in den Kreisen gefunden haben, die rechts von der Regierung stehen. In der Erklärung der Regierung ist davon die Rede, daß die Disziplinierung nach den vom gesamten Kabinett aufgestellten Richtlinien erfolgen solle. Der

Was Lloyd George sagt

Der Unterschied zwischen Haag und Washington — Konflikte arten nicht mehr zu Kriegen aus (?) — Beschwörung deutschen Revanchegeistes

WTB. London, 8. Februar. Nach der Rede Lloyds George im Unterhause das Wort zu folgenden Ausführungen: Alle auf den Haager Konferenzen gefassten Beschlüsse sind allgemeinen Charakters und sind im Weltkriege wirkungslos geblieben. Dagegen wurden in Washington genaue Beschlüsse gefasst, in denen bestimmte Zahlen für die Kriegsschiffe, deren Geschütze und Besatzung festgesetzt wurden. Was

die Tätigkeit des Obersten Rates anbetrifft, so hat er die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt. Die Dienstpflicht ist in Deutschland abgeschafft. Es sind Maßnahmen getroffen, die Frankreich sehr beträchtliche Summen an den Reparationen gebührend leistet. Man ist schrittweise vorgegangen. Aber man hat ein großes Ergebnis erreicht, nämlich, wie vorgesehen, daß Konflikte nicht zu Kriegen ausarten. Was die Frage des Garantiepaktes betrifft, so ist es notwendig, daß Frankreich nicht isoliert zu sein. Frankreich ist in dem Zeitraum eines Jahrhunderts 3mal vernichtet worden. Das rechtfertigt seine Beforgnis. Wenn Frankreich die Sicherheit hat, daß England, falls sich die Ereignisse von 1914, 1870 und 1814 ohne Herausforderung von seiner Seite wiederholen sollten, mit seiner gesamten Macht beisteht, so wird diese Sicherheit Frankreich Vertrauen einflößen.

Eine der wirklichsten Gefahren für Europa.

vielleicht nicht während der 20 Jahre aber vielleicht für die folgenden Generationen besteht darin, daß die deutsche Jugend im Geiste der Revanche erzogen wird und heranwachsen könnte (Zurufe der Arbeiterparteien: Und die französische Jugend ebenfalls.) Ich sage, wenn die deutsche Jugend an den Gedanken gewöhnt wird, die Baurpracht, den früheren Einfluß und den ehemaligen Besitzstand des kaiserlichen Deutschland wiederzuerlangen, die Sieger für die Deutschland zugefügten Niederlagen zu bestrafen, und den stolzen Nationalstolz zu verteidigen, so liegt darin eine der größten Gefahren, denen das künftige Europa ausgesetzt sein wird. Deutsch-

Schluß, daß man die Grundsätze des Verkehrsministeriums mildern wolle, wird von der Regierung aber als irrig erklärt, besonders, da die Disziplinarverfahren, um die es sich herbeihandelt, der Politik der Regierung überhaupt entzogen sind, da sie zum größten Teil auf gerichtlichem Wege von statuten gehen.

Wenn auch der Reichstag erst morgen zusammentritt, so hat doch ein großer Teil der Fraktionen schon heute Fraktionsführungen angeordnet, in denen zu der geschaffenen Lage Stellung genommen wird, und man erwartet, daß im Laufe des Tages die Stellung der einzelnen Parteien zu der Einigung bekanntgegeben wird. Sie wird naturgemäß zum großen Teil davon abhängen, welche Wirkung die Erklärung der Reichsgewerkschaft praktisch auf die Beilegung des Eisenbahnstreikes haben werden.

Wiederaufnahme des Vollverkehrs in Oberschlesien

WTB. Kattowitz, 8. Februar. Im Bezirk Oberschlesien ist die Lage im Eisenbahnbetrieb unverändert ruhig. Man erwartet, daß im Laufe des Tages die Züge zwischen Oppeln und Breslau wieder vollkommen in Gang gebracht werden können.

Gleiwitz, 8. Februar. Zug D 42 wird in der Nacht vom 8. auf 9. Februar als erster von Kattowitz bis Berlin durchgeführt. Schlafwagen befinden sich nicht im Zuge.

land muß überzeugt werden, daß eine kriegerische Politik ihm keinen Vorteil brächte, daß es in einem Revanchekrieg gegen Frankreich nicht nur Frankreich sondern auch andere Nationen gegen sich hätte. Durch ein derartiges Verhalten würden alle Gefühle für die Deutschen schon im Entstehen ausgerottet werden. Die Deutschen werden lernen, daß eine Politik der Revanche für ihr Land tödlich sein würde. Es gibt aber noch einen weiteren Grund für einen Garantiepakt.

In Versailles haben wir die Verbindlichkeit übernommen, der Politik

der Ausdehnung Frankreichs bis zum Rhein Widerstand zu leisten.

Nun handelt es sich in dieser Angelegenheit für uns um eine Ehrenschuld (Beifall und Protestrufe.) Wir werden dem Unterhaus Gelegenheit geben, jetzt den mit Frankreich geplanten Garantiepakt zu erörtern. Das Unterhaus wird dann sagen können, ob es ihn annehmen oder ihn ablehnen wird.

Hierauf kam Lloyd George auf den Vorschlag zu sprechen,

die Kriegsschulden zu streichen.

Er sagte: Großbritannien ist bereit, diese Frage zu erörtern, vorausgesetzt, daß alle Gläubiger und Schuldnersstaaten bereit sind, dasselbe zu tun.

Ueber

die ägyptische Frage

sagte Lloyd George: Für den Augenblick kann ich keine vollständigen Erklärungen abgeben, da die Regierung sich erst mit dem auf dem Wege nach London befindlichen Marschall Allenby beraten muß. Zwei Tatsachen von grundlegender Bedeutung müssen im Auge behalten werden. Ägypten bildet eine Art Korridor, der die östlichen und westlichen Teile des britischen Reiches trennt, bzw. verbindet. Ferner müsse man an die Sicherheiten denken, die das britische Protektorat bietet. Angehörige aller Nationen haben große Kapitulation in Ägypten angelegt. Sie haben ihre Arbeit und ihr Leben darauf verwendet, das Land zu erschließen. Dieser Umstand legt Großbritannien verschiedene Verantwortlichkeiten für die Zukunft auf.

Die Vorbereitungen zur Betriebsaufnahme

Berlin, 8. Februar. (Eig. Meld.) Bis zur restlichen Aufnahme des Betriebes durch die ausländischen Beamten wird wie bisher der Halbbetrieb aufrecht erhalten. Es ist kaum damit zu rechnen, daß vor Ende der Woche wieder ein regelmäßiger Personen- und Güterverkehr im Reich besteht, da durch den achtstägigen Streik der Lokomotivführer die Strecken- und das Wagenmaterial erheblich gelitten haben. Innerhalb der einzelnen Eisenbahndirektionen wird bereits heute mit allen verfügbaren Kräften daran gearbeitet werden, die Strecken und die technischen Einrichtungen wieder in vollem Umfange in Betrieb zu setzen. Mit Hilfe der Werkstättenarbeiter müssen sämtliche Weichen, die zum Teil vereist und eingefroren sind, aufgetaut und von dem angesammelten Schlamm gereinigt werden. Die Rangierbahnhöfe, die durch den Schneefall der letzten Tage vereist sind, müssen freigemacht und die einzelnen Stellwerke neu besetzt werden. Besondere Pflege bedürfen die Lokomotiven, die zum Teil in ungeheiztem Schuppen standen und in denen zum Teil Wasser eingefroren ist und Röhren geplatzt sind. Es soll alles getan werden, um durch verstärkte Arbeitsleistung die Lokomotiven fähigere zu machen und die Güterschuppen, in denen unendliche Mengen von Waren sich angehäuft haben, zu entleeren. Auch die Eisenbahnarbeiter werden im Laufe des heutigen Tages, wie wir hören, die Arbeit wieder aufnehmen. Der deutsche Eisenbahnverband hat bekanntlich die wütenden Streiks einzelner Ortsgruppen schon vor Beginn des Beamtenstreiks verurteilt, war aber bemüht, für Wiederaufnahme des Betriebes zu sorgen.

Die deutsche Delegation für Genf konnte nicht abreisen

Berlin, 8. Februar. (Eigene Meldung.) Der Eisenbahnstreik hat auf die deutsch-polnischen Verhandlungen eine Rückwirkung ausgeübt. Die deutsche Delegation sollte gestern nach Genf abreisen. Reichsminister a. D. Schiffer hat Präsident Eulander mitgeteilt, daß die Abreise der deutschen Delegation infolge des Streiks noch nicht stattfinden konnte.

Die Wiederaufnahme des Verkehrs im Breslauer Bezirk

WTB. Breslau, 8. Februar. Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion wird, soweit es sich bisher übersehen läßt, infolge der Beendigung des Streiks mit der Aufnahme des regelmäßigen Personenverkehrs gerechnet werden können. Die nächsten Auskünfte erteilen die Bahnhöfe.

Der erste D-Zug Frankfurt—Berlin

Frankfurt a. M., 8. Februar. (Eig. Meld.) Nachdem bei der Ortsgruppe der Reichsgewerkschaft die telegraphische Meldung vom Abbruch des Streiks eingetroffen war, ging sie sofort daran, die unterbrochene Verbindung mit Berlin wieder herzustellen. Es wurde daher um 8.32 Uhr ein außerplanmäßiger D-Zug nach Berlin abgelassen, der zum ersten Male wieder Post von Frankfurt nach Berlin beförderte. Im Laufe des gestrigen Tages und auch heute früh haben sich zahlreiche Beamte zum Wiedereintritt in den Dienst gemeldet, so daß der Verkehr in kurzer Zeit wieder in normaler Weise aufgenommen werden kann.

Frankreich wünscht 3monatliche Vertagung der Konferenz von Genua

WTB. Paris, 8. Februar. Die „Petit Parisien“ offiziell mitteilt, wie die französische Regierung in einer Note an die englische Regierung über die Konferenz von Genua darauf hin, daß die Finanzkonferenz von Brüssel, die der Völkerbund organisiert, eine 6monatliche Vorbereitungszeit erforderliche. Die französische Regierung würde daher die Vertagung auf, die Konferenz müßte unfruchtbar bleiben, wenn zu verwickelte ungelöste Probleme diesmal unvorberichtet in Angriff genommen werden würden. Die Note rät deshalb die Konferenz von Genua um wenigstens 3 Monate zu verschieben und diese Zeit dazu zu benutzen, die unerlässlichen Vorarbeiten zu leisten. Die Note schlägt ferner vor, zu bestimmen, daß keines der Rechte, die der Völkerbund aus dem Friedensvertrag, der eine Grundlage des internationalen Rechts von Europa sei. Diese Bedenken müßten die Konferenz von Genua verhindern, die Reparationsfrage zu behandeln. Schließlich soll in der Note gesagt sein, daß die alliierten Mächte das Recht zu internationalen Aktionen haben müßten, wenn die Wiederherstellung der militärischen Monarchie in Deutschland oder in Ungarn erfolge. Der letztgenannte Punkt interessiere besonders die kleine Entente.

Antlicher Bericht.

Der kommandierende General des unter Belagerungsstand stehenden Gebietes entscheidet, was folgt: „Das militärische Telegraphenbüro hat am 2. und 3. Februar kühnste Berichte über das Petersdorfer Attentat veröffentlicht. Der kommandierende General teilte der Presse mit, daß die Zeitungen die in Zukunft solche Lügen verbreiten, suspendiert würden, falls sie auf obersteinsten Gebieten erscheinen, oder nicht in Oberstufen eingeleitet würden, falls sie außerhalb dieses Gebietes erscheinen.“

Personenwechsel in der Reichsgewerkschaft

Berlin, 8. Februar. (Eigene Meldung.) Nachdem nunmehr der Streik beendet ist, werden in der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner binnen kurzer Zeit nicht unwesentliche Veränderungen eintreten. Einer der jetzigen Führer, der Lokomotivführer Scharf, wird als Beamtenvertreter nicht mehr fungieren und gegen andere Mitglieder des bisherigen Aktionsausschusses schweben Disziplinarverfahren, bis zu deren Beendigung keine in Frage kommenden Beamten mit dem Reichsverkehrsministerium oder anderen Behörden verhandeln kann. Aber auch aus anderen Gründen wird eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen in der Reichsgewerkschaft stattfinden, die kaum mit einem Siege der Streikleitung enden dürfte. Die Gegenkräfte haben sich in der Eisenbahnergewerkschaft bereits gezeigt, sodaß ein Zusammenarbeiten mit dem bisherigen Vorstand nicht mehr möglich erscheint. Wahrscheinlich wird in kurzer Zeit eine Generalversammlung der Reichsgewerkschaft stattfinden, in der Neuwahlen der einzelnen Körperschaften verlangt werden.

RdN, 8. Februar. (Eigene Meldung.) Im Laufe der Vormittags ist eine leichte Besserung im Zugverkehr eingetreten. Im Hinblick auf die von der Reichsgewerkschaft angeforderte Beendigung des Eisenbahnstreiks ist zu erwarten, daß der Eisenbahnverkehr mit dem umliegenden Gebiet im Laufe des Nachmittags wieder in Fluß kommt.

Die Disziplinarverfahren werden durchgeführt

Berlin, 8. Februar. Von unterrichteter Seite erfährt die Telegraphen-Union. Gestern Abend haben zwei Vertreter des Beamtenbundes beim Reichsverkehrsminister vorgesprochen, um sich Auskunft über dessen Stellung zu der Frage der Maßregelung zu holen. Reichsverkehrsminister Gröner hat diesen Vertretern die Rechtslage wie folgt dargestellt: Die eingeleiteten Disziplinarverfahren wegen Vergehens gegen den Erlaß des Reichspräsidenten und des Streiks im Allgemeinen müssen bei den unklügelbaren Beamten durchgeführt werden. Die bei künftigen Beamten ausgesprochenen disziplinarischen Maßregelungen müssen aufrechterhalten bleiben. Was die Mitarbeiter des Streiks anbelangt, so ist natürlich an eine Massen-Disziplinierung nicht zu denken. Die einzelnen Eisenbahn-Direktionen sind angewiesen worden, sich aufzustellen, über die am Streik hauptsächlich beteiligten Führer. Auf Grund der Prüfung dieser Listen besteht sich der Reichsverkehrsminister vor, gegen wen er einschreiten wird oder nicht. Was die Eisenbahn-Arbeiter anbelangt, so werden diese im Rahmen der deutschen Verhältnisse eingestuft werden. Es ist nicht beabsichtigt, hierbei Härten zu Tage treten zu lassen. Das Beschwerde-recht bleibt den Beamten und Arbeitern unter allen Umständen erhalten. Das Reichskabinett wird dem Reichsverkehrsministerium völlige freie Hand lassen in der Art der Disziplinarverfahren. Für eine Begnadigung bestraffter Beamten kommen übrigens weder das Reichskabinett noch der Reichsverkehrsminister, sondern allein der Reichspräsident in Betracht.

Es verlautet, daß auch Reichspräsident Ebert erklärt hat, er könne nicht für eine Straffreiheit der streikenden Eisenbahner eintreten.

Kein Rücktritt Gröners

Berlin, 8. Febr. (Eigene Meldung.) Wie wir von zukünftiger Stelle hören, sind die Gerüchte, daß Reichsverkehrsminister Gröner von seinem Posten zurückgetreten werde, unzutreffend.

Berlin, 8. Febr. (Eigene Meldung.) Dem amtlichen Situationsbericht entnehmen wir, daß die in den letzten Tagen bereits eingetretene Besserung der Streiflage heute weitere Fortschritte gemacht hat. An vielen Stellen sind die Beamten zum Dienst zurückgekehrt, und haben ihre Beamten wieder übernommen. Ein Teil der Nothilfe konnte bereits zurückgezogen werden, da genügend Fahrpersonal zur Verfügung steht.

Wiederaufnahme der Parlamentsarbeit

Berlin, 8. Februar. (Eig. Meld.) Reichstagspräsident Loh hat das Plenum des Reichstages für Donnerstag nachmittags 3 Uhr einberufen. Die endgültige Festlegung der Tagesordnung kann noch nicht erfolgen. Es darf aber bereits als sicher angenommen werden, daß als 1. Punkt der Tagesordnung der Antrag Ledebour-Cöhnen auf sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922 erledigt werden wird. Die Reichsregierung wird zu diesem Zeitpunkt eine Erklärung durch den Reichskanzler abgeben. Ferner findet am Donnerstag nachmittags eine Vollsitzung des Reichsvates statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Mitteilung über die Ernennung von Bevollmächtigten zum Reichsrat und der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Zeitstellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921.

Poincaré schlägt eine Vorkonferenz für Genua vor

Paris, 8. Februar. Der Berichterstatter der „Times“ erfährt von gut unterrichteter Seite, daß Poincaré in einer Note an die britische und italienische Regierung über die Konferenz von Genua eine Zusammenkunft zwischen den britischen, französischen und italienischen Vertretern vorschlägt, bevor die Konferenz von Genua stattfindet. Eine solche Vorkonferenz würde das geplante Programm von Genua im einzelnen prüfen müssen, um die alliierten Interessen gegen alle Sabotageversuche seitens der russischen und deutschen Delegationen zu sichern; im voraus soll eine gemeinsame Aktionslinie festgelegt werden.

Telegraphen-, Fernsprech- und Postverkehr während der Konferenz von Genua

Aus Anlaß der bevorstehenden Konferenz von Genua hat die Reichstelegraphenverwaltung Maßnahmen getroffen, um den betreffenden Schnellnachrichtenverkehr zwischen Deutschland und Italien in beiden Richtungen nach Möglichkeit sicherzustellen. Sämtliche des Telegraphenverkehrs wird dies durch Bereitstellung betrieblicher Leitungsverbindungen zwischen Deutschland und Italien und deren Ausrüstung mit neuzeitlichen Apparaten ge-

Der französische Wiederaufbau

Die neue Regierung auch für das Wiesbadener Abkommen und für Sachleistungen

Paris, 8. Februar. In der gestrigen Kammerführung erklärte bei der Beratung der Budgettitel und deren Rückerstattung durch Deutschland, der Abgeordnete Doumer, in dem er sich gegen die Behauptungen des sozialistischen Abgeordneten des Westdepartements Jougla, die Industrie des Norddepartements sei bei der Entschädigung bevorzugt, wandte, er habe die der Industrie gezahlte Summe um 5 Milliarden zu hoch angegeben. Die Schäden der Industrie nach dem Kriegswert hätten ungefähr 6 einhalb Milliarden Franken betragen. Das bedeute nach dem augenblicklichen Wert 24-25 Milliarden Franken. Bis zum 31. Dezember 1921 hätte die Industrie erhalten 11 Milliarden 120 Millionen also 45 Prozent ihrer Schäden. Auf die von ihr garantierte Anleihe hätte sie 1 800 Millionen erhalten. Nach Doumer sind die Verluste der kleinen Geschädigten, die auf 2 Milliarden 900 Millionen Franken Vorkriegswert sich belaufen, also 9 Milliarden 400 Millionen augenblicklicher Wert am 31. 12. 21 zu 60 Prozent nachgeprüft gewesen.

Der Minister für die breiten Gebiete Reibel, der seinen Ausführungen zustimmte, erklärte: Sein Hauptprogramm über den Wiederaufbau bleibe das selbe, wie das seines Vorgängers, die von dem sozialistischen Abgeordneten Jougla verlangte Enquete lehne er ab. Die Ziffern beweisen, daß alles getan worden sei. 250 000 Gebäude seien in dem Wiederaufbaubereich zerstört worden. 422 000 sind beschädigt. Am 31. 1. 21 seien 278 000 Häuser teils repariert teils wieder aufgebaut gewesen, nam 1. 1. 22. 335 979.

Für den Fernsprechverkehr ist in Aussicht genommen, die bestehende Leitung Berlin-Frankfurt (Main)-Mailand in erweitertem Umfang nutzbar zu machen. Auch wird beabsichtigt, die deutsch-schweizerischen Fernsprechleitungen in erster Linie für den Verkehr mit Italien zur Verfügung zu stellen; ferner wird der Bau der in der Ausführung begriffenen Fernsprechleitungen Berlin-Basel und Berlin-Freiburg zu diesem Zwecke mit möglichst bestmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden. Da die zwischen Italien und Italien (San Paolo) bestehende Funkverbindung bereits hinreichend in Anspruch genommen ist, ist der italienischen Telegraphenverwaltung vorgeschlagen worden, für die Dauer der Konferenz auch ein 24stündiges Duplex-Funkverkehr (gleichzeitiges Senden und Empfangen) auf einer besonderen Funkverbindung einzurichten, und zwar möglichst mit einer italienischen Funkstation, die gute Verbindung mit dem Konferenzorte Genua selbst hat; die dazu nötigen Funkanlagen in Deutschland sind zur Verfügung gestellt.

Poincaré für Abrüstung?

Keine Sanktionspolitik?

Paris, 8. Februar. Die Vereinigten Kammerauschüsse der Finanzen und des Heeres beschäftigten sich gestern nachmittags in Anwesenheit des Ministerpräsidenten, des Finanzministers und des Kriegsministers mit dem Militärbudgetgesetz. Poincaré sprach namens der Regierung und führte aus: Die Regierung lehne die 18monatliche Dienstzeit nur als eine Etappe der einjährigen Dienstpflicht ab. Die Kredite für das Heer dürften nicht erhöht werden, damit die Ausgaben nicht als Beweis eines Imperialismus bezeichnet werden können. Wir sind gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, eine Militärmacht, solange Deutschland noch nicht wirklich entwaffnet ist, aber wir sind keine militäristische Macht und verweigern kein unnützes Geld für das Heer. Man dürfe auch nicht den Eindruck eines Landes erwecken, das seine Militäraufgaben erhöht. Die Kredite für 1923 dürften nicht höher als für 1922 sein. Die Ausschüsse erklärten sich mit den Ausführungen Poincarés einverstanden. Auf eine Anfrage erklärte Poincaré, Frankreich müsse in der Lage sein, sich Respekt zu verschaffen, damit es sicher sei, respektiert zu werden.

Nach dem Petit Parisien erklärte er ferner, er habe weder den Willen noch die Absicht, seine Zuflucht zu den Sanktionen zu nehmen, aber es dürfe nicht vergessen werden, daß diese Artikel des Friedensvertrags Frankreich dieses Recht zur Sicherstellung seiner Rechte und seiner Interessen zuerkennen.

Deutschland

Reichskanzler Dr. Brüning empfing die Führerin der amerikanischen Frauenbewegung, Frau Backer, in Anwesenheit Dr. Rathenau's. Dr. Rathenau erklärte u. a.: Amerikas Eintritt in den Krieg entschied seinen Ausgang. Deshalb hat es nunmehr auch die Pflicht, sich der Lösung der Schwierigkeiten, die heute Zentraleuropa beherrschen, nicht zu entziehen. Nachdem es einmal seine Hand in das Geschäft gesteckt hat, muß es das Werk auch vollenden. Nicht nur Mitteleuropa, sondern die ganze Welt ist zum Untergang verurteilt, wenn die Vereinigten Staaten nicht die Unterstützung von ganz Europa in die Hand nehmen.

Der Steuerzuschlag im Reich. Der Steuerzuschlag für Reichsbeamte ist vom 1. Januar an vom Reichstag bekanntlich für Bezüge unter 10 000 M. auf 40 Prozent, sonst auf 20 Prozent erhöht worden. Zur Ausführung hat der Reichsminister der Finanzen eine eingehende Verfügung erlassen. Alle planmäßigen Beamten mit wenigen Ausnahmen in den ersten Dienststufen der Besoldungsgruppe A I erhalten, wenn deren Dienstverdienst unter 10 000 M. nicht erreicht, eine Erhöhung ihrer jährlichen Gesamtbezüge um 2000 M. Die außerplanmäßigen Beamten erhalten einen weiteren Steuerzuschlag von 80 bis 98 Prozent von 2000 M. Die Erhöhung wird den Angestellten der Reichsverwaltung, der Reichsorganismen und Angestellten und Vorgesetzten der Reichskrankenkassen zu teil. Für Krankenkassen beträgt der Zuschlag 2000 M. für Hilfskassen 1800 M. Das Entgelt für Beköstigung wird auf 10,20 M. das für Verpflegung und mäßige Angestellte der Krankenkassen auf 2,20 M. erhöht. Die Sätze gelten auch für Soldaten.

Ansperung in der Metallindustrie. Nachdem die Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in der Metallindustrie des Reiches Hagen-Schwelm zu keinem Ergebnis geführt haben, sind am Montag

53 000 km. Wege zerstört gewesen, 31 865 km. davon wieder hergestellt. 1 112 km. schiffbare Wege seien in Unordnung gebracht worden, davon seien am 1. 1. 22. 1 027 km. wieder in Stand gesetzt. Von den Fabriken, die mehr als 20 Personen beschäftigten, seien 4 084 zerstört gewesen. Bis zum 1. 1. 21 habe man 3543 bis zum 1. 1. 22 3 986 aufgebaut. 84 Prozent der Fabriken hätten mit der Produktion wieder begonnen. Sie beschäftigten 423 824 Arbeiter. Das bebaute Land, das zerstört worden ist, betrage 3 127 000 ha. Am 1. 1. 21 seien arbor gerichtet gewesen 2 813 000 ha. am 1. 1. 22 2 910 000 ha. Das gesamte Gebiet der bereits am 1. 1. 22. bebauten Landfläche betrage 1 einhalb Millionen ha. Das Viehbestände alles Lob.

Der Minister Reibel jagte, seine allgemeine Politik sei die Politik des Abkommens von Wiesbaden. Wenn man von Sachlieferungen spreche, spreche man nicht von einem Verzicht. Wenn man davon überzeugt sei, daß Deutschland nicht alles in Geld bezahlen könne, müsse man den Grundjah der Naturalisierungen annehmen. Das Abkommen von Wiesbaden unterliege der Prüfung der Reparationskommission und der alliierten Regierungen. Wenn es nicht angenommen werde, bedeute das noch lange nicht, daß keine Sachlieferungen erfolgen würden. Die jetzige Regierung werde die Annahme des Abkommens von den interalliierten Regierungen verlangen. Es seien Vorkehrungen zu treffen, den man müsse bedenken, daß der deutsche Arbeitsmarkt ersatze. Auch die Entwertung der Mark müsse in Rechnung gestellt werden.

Die Ründigungen sämtlicher Arbeiter automatisch in Kraft getreten. Der Reichs- und Staatskommissar in Dortmund hat beide Parteien zu neuen Einigungsverhandlungen nach Dortmund geladen.

Erhebung Dr. Pfeiffers. Der zum deutschen Gesandten in Wien ernannte Reichstagsabgeordnete Dr. Maximilian Pfeiffer war Jahre hindurch zweiter Vorsitzender des Deutschen Bühnenklubs, der ihm am 31. Januar einen Abschiedsabend gab. Intendant Jekner und Präsident Rickelt feierten den „Kunst-Pfeiffer.“ Zur Erinnerung wurde dem Scheidenden eine wertvolle Büste überreicht. In seinem Dankeswort hob der Gesandte Dr. Pfeiffer hervor, daß er im selben Sinne auch weiterhin tätig sein wolle, da Kunst und Theater wichtige Elemente der österreichisch-deutschen Verständigung seien.

Ausland

Ein Völkerverständnis gegen Jugoslawien. Die vom Völkerverbund nach Albanien entsandte Untersuchungskommission nahm laut der Mitteilung des Völkerverbundesekretariats an der albanischen Grenze Erhebungen vor, die entgegen den jugoslawischen Klagen bei der Völkeraufnahme zugunsten Albanien ausfielen. Auch die Untersuchung über die Nationalitätenfrage in Koriza hat für Albanien ein günstiges Ergebnis gehabt. Die Kommission schlägt die Einrichtung neuer neutraler Zonen an der albanisch-jugoslawischen und an der albanisch-archaischen Grenze bis zur endgültigen Regelung vor.

Gasparri bleibt Kardinalstaatssekretär

Rom, 7. Februar. Papst Pius XI. hat den Generalsekretär des verstorbenen Papstes, Gasparri in seinem Amte bestätigt. Die Krönung Papst Pius XI. in der Peterskirche ist für nächsten Sonntag in Aussicht genommen.

Von der Komreise der Kardinal

Aus Rom wird der „Reichspost“ zu der mit allerlei Einzelheiten ausgeschmückten Meldung der italienischen Blätter, Kardinal Piffi habe auf den österreichischen Bundesbahnen und seitens der österreichischen Grenzregierung eine unhöfliche Behandlung erfahren — in sehr betontem Gegensatz zu dem Verhalten der italienischen Behörden — von unterrichteter Seite geschrieben:

Wahr ist an den italienischen Blättermeldungen, wie festgelegt werden soll, daß offenbar infolge mangelhafter Verständigung der Zollbehörden der Zernunft des Kardinals zur Ausweisung über den Zweck der Geldbeträge die er mit sich führte, dem Vorstände des Zollamtes vorgeführt wurde, der nach einigem Überlegen die Notwendigkeit erkannte, zum Kontraste in Rom Geld mitzunehmen, während dem Kardinal selbst die Teilnahme an dieser Szene erspart blieb. Daß die italienischen Reiseleiter die Gelegenheit benutzten, über die österreichischen Zollbehörden loszusprechen, mag richtig sein. Allerdings meinten die Blätter gleichzeitig einen Protest des Kardinals „Erzherzog“, der erzählt: „Während die französischen Kardinalen Dubois, Lécuyer und Maurin, die Erzbischöfe von Paris, bezw. Reims u. Lyon, im Speisewagen ihre Mahlzeit einnahmen in Gesellschaft des Erzbischofs von Saragossa, erschien ein Kontrolleur, der sie um ihre Bilette fragte. Die drei hohen Würdenträger waren das erstaunt. Sie waren auf den französischen Bahnen auf Kosten des Staates gereist und erfuhren nun, daß sie auf italienischem Boden sich befänden. Eiligen Journalisten, die ihn befragten, erklärte der Kontrolleur, nicht aus eigener Initiative, sondern infolge eines telegraphischen Auftrages aus Modena gehandelt zu haben, er solle die Bilette der Kardinalen abfordern und das Fahrgeld einheben.“ Die hiesigen Blätter bemerken dazu, die Kardinalen hätten zwar das Recht auf einen gesonderten Anteil, wenn sie zum Kontraste reisen, müßten jedoch die tatsächlich belegten Plätze bezahlen. Es ist z. B. vorgekommen, daß man einen Kardinal, der mit seinem Gefolge bestehend zweiter Klasse reiste und trotz Einladung der italienischen Behörden dort zu verbleiben erklärte, durch Wokoppeln des angeblich schadhafte Wagens zwang, auf italienischem Boden die erste Klasse zu beziehen und kurz darauf die Dis-

Gemeindevertretung in Bozzen

Bürgermeister Dr. Sbatto führte den gewählten Gemeinderat, Bergmann, Kommissar ein und verpflichtete ihn durch Handschlag auf ein neues Amt. — Die Hausbesitzer Machatska und Stöckl sollten zur Abgabeneuerung für Spill- und Abwasser herangezogen werden; der Antrag wurde abgelehnt. — Zur Erneuerung des Abwasserwagens werden weitere 750 Mark bewilligt. Zum Beschneiden von Straßenbäumen werden 100 Mark ausgesetzt. — Gemäß § 53 des Komm. Ges. Schmutzwasserabfuhrkosten hat die Gemeinde zu zahlen an die Stadt Ratibitz 25 000 Mark, an Dönn 330 Mark, an Idarweide 360 Mark, an Sennwald 143 Mark, dagegen zahlt die Stadt Bozzen 350 Mark durch Vergleich. Bozzen hat keine andere Gemeinde die höchsten Schullagen, nämlich 140,87 Mark pro Kind. — Die polnische Gemeinde im Waisenhaus wird auf den Gemeinderat, mit 1000 Mark monatlich übernommen. — Für polnische Flüchtlinge in Gotschallowitz werden 10 000 Mark bewilligt. — Dem Armenauschuss werden aus der Lebensmittelliste 75 000 Mark zur Anschaffung von Rohle und Kleidung überwiesen. In der evangelischen Schule sind in den Anlagen die Defekte zerstört worden. Die Anordnung zweier neuer Biegelöfen kostet 1200 Mark, die bewilligt werden. — Die Luftreinigungsverordnung wird den Feuerungsverhältnissen entsprechend von den Normalbestimmungen gemäß neu festgelegt. Der Vertrag mit der Gaszentrale Dessau über die Wärmehilfe erläßt Preiserhöhungen. Ein billiger Gas kostet jetzt 1,50 Mark. Bei einem Verbrauch von etwa 150 Tausend Kubimeter wird die Gemeinde eine Rückvergütung von etwa 120 Mark. — Eine öftere Mikrobefragung soll eingeführt werden. — Demnächst soll gegen die Rattenplage vorgegangen werden. — Schließlich wird eine weitere Straßenbeleuchtung genehmigt.

ferenz auf die erste Klasse zu begleichen. Dafür wurde jedem Kardinal eine Ehrenwache von Carabinieri und vielfach auch von Beamten mitgegeben, und Rom wurde für die Hofmarken geöffnet. Eindrucksvoll war die Ankunft der drei deutschen Kardinalen, denen die deutsche Regierung einen besonderen Salonwagen für die weite Reise nach Rom zur Verfügung gestellt hatte.

Neues aus aller Welt

Verhängnisvolles Unglück bei der Taufe. (Lage) einer Taufe, die im Thüringischen stattgefunden, der Dienstherrn Gustav Spöhl, der, wie bei solchen Anlässen üblich, mit einem Gemehr hoch, aus vorfälligkeit die Kriegswaffe klara freischien.

Die Elektrifizierung der Gotthardbahnlinie durch die Beendigung der letzten Strecke Lugano-Chaffajost fertiggestellt.

Kampf eines Dorfes gegen Wölfe. In der letzten Nacht wurde die Gemeinde Petrolan in der Nähe von Wölfe überfallen, die mehrere Kinder rissen. Die Dorfbewohner machten sich mit Haken und Beilen daran, die Wölfe zu vertreiben. Die Wölfe waren aber den Kampf mit der Bevölkerung auf, der letzten 38 Bauern schwer und zerstört fünf Kälber. Es wurde nur ein Wolf getötet. Die Gemeinde hatten sich während des Kampfes in ihre Kaserne geflüchtet.

Der Kaufmann Hermann Bruhn hatte in Schleswig und Hamburg Firmen nur etwa 3 einhalb Millionen Mark, geschätzt, indem er wagnisse gegen gestaffelte Frachtbrieve kaufte. Er wurde, wenn er inzwischen in Dänemark neue Betrügereien gangen hatte, in der Nähe von Rendsburg verhaftet. seiner Verhaftung durchschritt er sich beide Pulsadern, wurde schwer verletzt ins Rendsburger Krankenhaus gebracht.

Auf dem großen Schweriner See brachen Schiffschulden vier Schüler ein. Drei konnten sich retten, ein 14-jähriger Gymnasiast ertrank.

Das deutsche Theater in Czernowitz wurde der rumänischen Regierung enteignet, um es der rumänischen dramatischen Kunst zu widmen. Da aber eine Kunst so gut wie nicht existiert, wird es deutschen Leuten gestiftet, vorläufig weiterzuspielen.

Die 77-jährige Rentempfängerin Stimm-Braun wurde im Bett tot aufgefunden. Der Arzt fest, daß der Tod durch Verhungeren eingetreten ist. tauwige Fall bedeutet wieder einmal das furchtbare Elend der kleinen Rentempfänger.

Handelsteil.

| Berlin den | | 9 2 1922 | | 8 2 1921 | |
|-----------------------------|-------|----------|---------|----------|---------|
| Zusatzliche Auszahlung auf: | | Geld | | Geld | |
| Ausland | 100 % | 74,17 | 74,24 | 75,17 | 75,24 |
| Ausland | 100 % | 71,13 | 71,35 | 72,23 | 72,35 |
| Ausland | 100 % | 1620 | 1624 | 1628 | 1632 |
| Ausland | 100 % | 3251 | 3258 | 3261 | 3264 |
| Ausland | 100 % | 465 | 464 | 462 | 461 |
| Ausland | 100 % | 184 | 185 | 183 | 184 |
| Ausland | 100 % | 329,66 | 330,40 | 329,77 | 330,51 |
| Ausland | 100 % | 924 | 924 | 924 | 924 |
| Ausland | 100 % | 46,40 | 46,47 | 46,40 | 46,47 |
| Ausland | 100 % | 198,80 | 199,20 | 199,20 | 199,60 |
| Ausland | 100 % | 1693,30 | 1696,7 | 1693,25 | 1696,7 |
| Ausland | 100 % | 3,88,60 | 3,89,40 | 3,89,40 | 3,89,40 |
| Ausland | 100 % | 3086,90 | 3103,10 | 3106,35 | 3111,10 |
| Ausland | 100 % | 6,43 | 6,47 | 6,47 | 6,47 |
| Ausland | 100 % | 376,10 | 376,90 | 376,90 | 376,90 |
| Ausland | 100 % | 30,46 | 30,54 | 30,54 | 30,54 |
| Ausland | 100 % | 134,35 | 134,65 | 134,65 | 134,65 |
| Ausland | 100 % | 134,35 | 134,65 | 134,65 | 134,65 |

Oberchl. Produktionsmarkt in Genua

Bericht von Paul Bayet, beid. Handelsmakler, Genua. Der an jedem Dienstag im Börsenjaale des Stadts abgehaltene Produktionsmarkt weist zwar noch wieder das internationale Gepräge auf wie in der Kriegszeit, als von Österreich-Ungarn, Rußland, Albanien und den Balkanländern die Einfuhr von Getreide, Futtermitteln und Landprodukten aller in vollem Gange war und auch der Reiseverkehr unbedeutend vor sich gehen konnte. Immerhin zeigt sich Wiedereröffnung des oberitalienischen Produktionsmarktes Genua stetig zunehmender Verkehr aus dem Kreis Mählen, Wein und Walzindustrie, der am Handel Getreide, Mählenfabrikaten, Landprodukten, Futtermitteln, Kartoffeln, Heu und Stroh beschäftigten Kaufmannschaft und der Vertreter der Landwirtschaft nicht nur dem Abstammungsgebiet, sondern auch aus dem westlichen Schließen bezog. Deutschland und selbst aus den Schließen Danzig, Hamburg, und Bremen sind mitunter vertreten. Der Handel am oberitalienischen Produktionsmarkt in Genua erstreckt sich auch auf die bekannten Artikel der Kolonialwaren- bezw. Lebensmittelbranche wie Reis, Schmalz, Fett etc., und es ist zu nehmen, daß die früher schon angesehene Ausdehnung Produktionsmarktes in eine allgemeine Warenbörse wichtig wird. Wegen des Eisenbahnanstandes, der Reiseverkehr nach Oberitalien und die Vertiefung aus entfernten Gebieten erschwert, bemerkt das Geschäft diesmal in bescheidenen Grenzen. Die Frage übersteht das Angebot. Stimmung für Getreide, Futtermittel, Heu und Stroh beschäftigt nicht nur die Beratung über Veränderung der Sackungen und Schließungsanordnung zusammen. Bei allen Streifen, welche sich aus Gebieten ergeben, die am Oberitalienischen Produktionsmarkt in Genua oder im Anstich abgeschlossen werden, entscheidet das oberitalienische oberitalienischen Produktionsmarktes in Genua.

Still ist mein Herz

Still ist mein Herz; des Lebens Wogen
Berebten lei' im Abendrot.
Des Tages Leid ist nun verfliegen
Und stille ruht der Kampf ums Brot.

Still ist mein Herz, und süßer Frieden
Senkt in die Seele sich hinab.
O Herr, wär ich von dir geschieden,
Wer gäb mir diese Himmelsgab?

Still ist mein Herz, so frei von Leiden,
Drum dank ich dir durch ein Gebet. —
O wollest auch dann von mir nicht scheiden,
Wenn still mein Herz im Tode steht!

Sagen L. W.

Otto Birke.

Das alte bayerische Konkordat

Aus München wird uns geschrieben:

Mit Spannung erwarten wir den glücklichen Abschluß eines neuen Konkordates zwischen dem Apostolischen Stuhle und Bayern. Wie unter Land vor 100 Jahren in Deutschland mit der Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse voranging, so dürfte es wohl auch jetzt wieder geschehen. Die Vereinbarungen, die Bayern mit dem Oberhaupte der Kirche, wie wir hoffen, nun bald treffen wird, werden gewiß nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche für das übrige Deutschland.

Das bisher in Bayern bestehende Konkordat, das zwischen Pius VII. und dem Könige Maximilian Joseph abgeschlossen wurde, kam unter eigenartigen Verhältnissen zustande und beeinflusste eine bedeutende Periode der neueren Kirchengeschichte Bayerns. Darum dürfte bei seinem Erscheinen ein Rückblick am Platze sein.

Am 16. Februar 1799 wurde der Herzog von Zweibrücken Maximilian Joseph, Kurfürst von Bayern, sein „dirigierender“ Minister war Montgelas, von dem ein Zeitgenosse sagt, er sei „ein Mann reicher Bildung, mit einem fürstlichen Charakter, ohne Religion“. Nach dem Reichsdeputationshauptschlusse vom 25. Februar 1803 fand Bayern das Recht Säkularisation der geistlichen Güter zu. Diese brachte zugleich eine völlige Auflösung aller kirchlichen Organisationen. Jetzt hielt die Regierung die Zeit für gekommen, die Ideen der glatten Aufklärung und des Staatskirchentums zu verwirklichen. Es muß ihr nun auch das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie diesen Versuch mit nichtschöner Energie und großer Gründlichkeit durchführte. So wurde die Lage der Kirche in dem bisher ganz katholischen Lande außerordentlich traurig. Darin war der Papst bereit, selbst unter sich zu setzen, um die Ordnung wieder herzustellen. Es wurden Verhandlungen zum Abschluß eines Konkordates eröffnet. Unter den mannigfachen Wechseln zogen sich diese eine Reihe von Jahren hinan. Montgelas und nach seiner Entlassung der Finanzminister Freiherr von Zechenfeld im Ministerium Rechberg waren gegen eine Vereinbarung mit Rom, die die bayerische Kirche dem Staatskirchentum nicht auf Gnade und Ungnade auslieferte. Die Verhandlungen sind an nicht wenigen Punkten durch List und Täuschung charakterisiert, welche die leitenden Staats-

männer gegen Rom glaubten anwenden zu dürfen; ein für allemal stand ihnen fest, daß man wenigstens stillschweigend die königlichen Rechte (nach dem Begriffe des Staatskirchentums) wahrte und daß der Fürst das Schutz- und Aufsichtrecht über alle kirchlichen Angelegenheiten frei auszuüben habe. Als endlich das Konkordat von dem Vertreter Bayerns, Häffelin, unterzeichnet worden war, wurde dieses desavuiert, und es wurden noch Abänderungen an dem Vertrag verlangt.

Durch all diese Fährlichkeiten leitete der päpstliche Staatssekretär Consalvi die Verhandlungen hindurch. Max Joseph ratifizierte endlich das Konkordat am 24. Oktober 1817, jedoch unter Beibehaltung des Datums vom 5. Juni 1817, des Tages, an dem Häffelin es unterzeichnet hatte.

Nun erreichte das Konkordat seinen Höhepunkt. Während der König dem Papste seine Freude über das Zustandekommen des Werkes aussprach und versicherte, daß seine Bestimmungen treu zur Ausführung kommen sollten, erlassen seine Staatsmänner einen Plan, das Konkordat unschädlich zu machen. Seine Veröffentlichung wurde trotz vielerlei Drängens, auch seitens des Kronprinzen, des nachmaligen Königs Ludwig I. verhindert. Am 26. Mai 1818 wurde nun die bayerische Verfassungsurkunde veröffentlicht; zehn Egidie waren ihr als Beilagen angefügt. Die 2. Verfassungsbeilage ist das Religionsedikt vom 24. März 1809, welches die „äußeren Rechtsverhältnisse der Einwohner des Königreichs Bayern in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften“ regeln sollte. Dieses Edikt aber war auf katholischer Seite ein besonderer Stein des Anstoßes; hatte es doch den letzten Rest des katholischen Bayerns vernichtet und naturgemäß eine Reihe von furchtbaren Verordnungen in seinem Gefolge gehabt. Diefem Religionsedikt waren zwei Anhänge beigegeben, nämlich Protestanten-Edikt und das Konkordat. Dadurch war bereits die Unterordnung des Konkordates unter das Religionsedikt angedeutet. Es war so folgender Rechtsstandpunkt geschaffen: Die Angelegenheiten, die im Konkordat und Religionsedikt enthalten sind, entscheiden letzteres; in jenen, über die nur der Konkordat bestimmt, ist naturgemäß dieses maßgebend.

Dieser Treubruch rief in den katholischen Kreisen Bayerns, auch beim Kronprinzen, sowie in Rom Entrüstung hervor. Die bayerische Regierung wollte indes den aller höchsten Widerpruch zwischen Konkordat und Religionsedikt verleugnen, wobei man bis zur Berufung auf einen angeblichen Schreibfehler (Weglassung eines Kommas) ging. Durch vor einer entschiedenen Wahrung Roms und die Verweigerung des Verfassungseides durch Bischöfe und Geistliche sowie kirchentreue Laien veranlaßte eine Erklärung des Königs, datiert vom 15. September 1821 aus Tegernice. Diese „Tegernseer Erklärung“ spielt in den folgenden Kämpfen eine wichtige Rolle. Schon das zeigt, daß die den Inhalt nicht hob; zudem konnte sie keine Gesetzeskraft beanspruchen; denn Bayern war jetzt ein konstitutioneller Staat. Ihre Bedeutung liegt in dem Schlußsatz: „Auch erklären wir neuerdings, daß das Konkordat, welches als Staatsgesetz gilt, als solches angesehen und vollzogen werden soll, und daß allen Behörden obliegt, sich genau nach seinen Bestimmungen zu richten.“ Durch diese Allerhöchste Entschloßung sollte ermöglicht werden, daß die im Religionsedikt in detaillierten Vorschriften entwickelten „unveräußerlichen Majestätsrechte“ ohne jede Verfassungsbedingung in einer Weise ausgeübt würden, die den Bestimmungen des Konkordates entgegenkommt.

Die Katholiken beruhigten sich bei der Erklärung des Königs, auch der Papst, der des unangenehmen Spieles überdrüssig wurde.

Ausführungsbestimmungen zur Tegernseer Erklärung ergingen erst am 8. April 1852, 9. Oktober 1854 und 28. März 1859; sie sollten den allgemeinen Grundsatz jener Entschloßung für die praktische Anwendung in eine verbindliche Form bringen und den Vollzug der einzelnen Konkordatsbestimmungen klarlegen. Durch Gesetz vom 8. August 1878 wurde ein Verwaltungsgerichtshof zur letztinstanzlichen Entscheidung von Kirchenfällen eingesetzt.

Welches war nun die Wirkung des Konkordates, wie es schließlich rechtliche Geltung fand? Die Beantwortung dieser Frage erfordert die Aufzählung der kirchengeschichtlichen Bayerns im letzten Jahrhundert. Nur einige Hinweise. Es brachte gewiß den Nutzen, daß die kirchlichen Verhältnisse wieder geordnet wurden, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß die Auflösung infolge der politischen Wirren und der staatlichen Liebergriffe entstanden war. Das im königlichen Schutz- und Aufsichtrecht begründete Staatskirchentum, welches dem Apostolischen Stuhle in der Not der Zeit abgerungen worden war, machte sich in den einzelnen Perioden mehr oder minder anspruchsvoll geltend; äußerlich trat es stark hervor in dem Reize des Herrschers auf die Befehle der höheren Kirchenämter und in dem Ansprache, daß alle Erlasse und Verordnungen der kirchlichen Behörden, sogar die Papstbulden dem Placet unterworfen werden mußten; es waren so die freien Entschloßungen der Bischöfe auch in rein geistlichen Dingen unterbunden. Die Regierung mischte sich selbst in die Mittel der Seelsorge und die kirchliche Disziplin ein, wobei sie in der Beurteilung durchaus nicht kirchliche Gesichtspunkte maßgebend sein ließ. So war die Kirche Bayerns in ihrer Tätigkeit weitgehend auf den guten Willen der höheren und niedrigen Staatsstellen angewiesen. Ihre Geschichte im Jahrhundert des Konkordates ist ein fast ununterbrochener Kampf zur Abwehr der staatskirchlichen Umklammerung. Wie sehr sich die Kirche gegen die Gesamtepiskopat genötigt, Vorstellungen zu erheben. In den letzten Jahren wurden freilich einige Forderungen, z. B. des Placet, nachgiebiger in Anwendung gebracht.

Wenn dennoch die katholische Kirche Bayerns während des Bestandes des Konkordates, erstarrte und ausblühte, so liegt das an dem Ermangeln des katholischen Geistes, das allenthalben einwirkte; an dem Konkordate vielleicht auch indirekt, indem seine Sanctionierung, welche die kirchlichen Interessen eifrigst zu unterhalten suchte, gerade dadurch katholische Gesinnung weckte und festigte.

Die Katholiken in den Vereinigten Staaten

An der günstigen Entwicklung der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten hat das Laienlement einen hervorragenden Anteil und wird ihn für die Zukunft noch mehr haben. Hat doch selbst der Senator Walsh, der frühere Gouverneur des Staates Massachusetts, auf dem im letzten September abgehaltenen nationalen Kongreß katholischer Priester in Washington vor den 2000 Delegierten der 48 Staaten erklärt, daß die Grundsätze gewonnen sei, wo die Laien den ihnen zutreffenden Platz einnehmen würden. Diese Bewegung mußte aber die volle und bedingungslose Unterstützung der kirchlichen Hierarchie für sich haben, in deren Hand diese neue Organisation eine mächtige Verteidigungswaffe für die hl. Prinzipien der Kirche bedeuten würde.

Die „Vereinigung des katholischen Laienments“ hat sich in folgender Weise konstituiert: Die Veranlassung der Bischöfe der Vereinigten Staaten hat ein ausführendes Organ geschaffen, an dessen Spitze ein Erzbischof steht (der Bisherige ist gerade durch den jüngst erfolgten Tod des Erzbischofs von St. Francisco erledigt). Ihm stehen fünf Bischöfe zur Seite, die die Leitung von fünf Abteilungen der

katholischen Aktion (Sektoren) übernommen haben. In Washington tagen permanent die fünf technischen Büros an deren Spitze der berühmte Bauingenieur Burke steht. Einer dieser fünf Büros ist ausschließlich der Laienorganisation gewidmet und liegt in den Händen des deutschen Bischofs von Cleveland, Mg. Schrembs, der als Redner und Organisator einen großen Ruf hat. Seinem Schatzbilde ist beizulegen der Wert einer Organisation des katholischen Laienments nicht entgangen. Glücklicherweise hat es die neue Organisation, alle Schwierigkeiten, die von Seiten des apostolischen Delegaten in Washington hätte erhoben werden können, vermieden. Auch bei den Bischöfen selber hätten Bedenken wegen einer ungebührlichen Erstarrung des Laienlements kommen können. Namentlich die heranwachsende Generation, die Jungmänner, könnten vielleicht von den festen Prinzipien der Kirche in ihrer Gesellschaftslehre abweichen und sich den päpstlichen Befehlen nicht fügen. Dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen, ist die ständige Sorge des mit der Leitung dieser Bewegung betrauten Büros. Eine dritte Schwierigkeit konnte sich im katholischen Laienment selber einstellen, nämlich in der bereits bestehenden katholischen Laienvereinigung „der Ritter des Columbus“, die fast dieselben Ziele sich gesteckt und über bedeutende Mittel verfügte, im öffentlichen Leben großes Ansehen genießt. Die Krise, die jetzt durch das Emporkommen der neuen Organisation hervorbeschrieben worden ist, und die auch Senator Walsh zu Washington andeutete, ist bedingt durch die besondere Art des Amerikanismus, der gerade durch die Einordnung in kirchliche Leben fruktifiziert werden soll. Namentlich von der Aufklärung in Tages- und Abendkursen in Mittel- und höheren Schulen, erwartet man sich viel Gutes und vor allem die Bekämpfung vieler Vorurteile, die noch im nichtkatholischen amerikanischen Volke festgewurzelt sind.

Ein Blick in die Zentralorganisation verrät, wie dort gearbeitet wird, namentlich auf dem Gebiete der Presse, der Schule und der Konferenzen. Die katholische Presse hat sich jetzt zu einem besonderen National Catholic Welfare Council mit dem Sitz in Washington zusammengeschlossen; 70 Zeitungen und 26 große Zeitschriften unterliegen dieser mächtigen Pressezentrale.

Ein besonderes Gebiet zur Betätigung des katholischen Laienments bildet die Wohltätigkeit. Der Wohltätigkeitskongreß zu Milwaukee verwichenen September führte eine bereichende Sprache. Es waren da vertreten 3000 Delegierte, teils Klerus und vor allem Laien. Der Bischof Nicholas aus dem Dominikanerorden sprach über den universalen Charakter der christlichen Caritas und empfahl ein Zusammengehen mit allen jenen, die in der bestmöglichen Weise sich der Armen annäheren.

Das Vorurteil, daß noch in weiten Kreisen Amerikas gegen die katholische Kirche besteht, soll besonders dadurch bekämpft werden, daß die katholische Lehre immer mehr publiziert gemacht wird, und in öffentlichen Reden und vor allem in der Tagespresse vorgetragen und erklärt werden soll. So verlangt es ebenfalls die in den letzten Tagen in Milwaukee abgehaltene Tagung der Gesellschaft vom Namen Jesu, wo der obgenannte Bischof sprach.

Dann wurde der praktische Vorschlag gemacht, die Gesellschaft soll sich in der Presse eine Spalte erkaufen, um dort die katholische Lehre darzulegen. So werde die Presse selber ein Predigerpult und ein Konzil von der aus zu den Massen gesprochen werden könne. „Seute gibt es kein besseres Mittel zu diesem Zwecke“, sagte der genannte Bischof.

Die Schwestern

Erzählung von H. L. Lindner.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ruth entzog ihm ihre Hand und schlug sie zusammen. „Ihren Beruf aufgeben! Wissen Sie, ich finde das furchtbar! Und wenn Sie sich schließlich doch täuschen und ins Unglück geraten, so wird Ihr berühmter Dichter Sie auch nicht retten. Weshalb muß es denn sein. Sehen Sie sich doch nur um. Gerade unter unseren modernen Schriftstellern gibt es so manche, die ihren Namen erwerben, während sie Offiziere waren.“

„Ja, aber ich kenne keinen, der nicht früher oder später doch den Abschied genommen hätte. Und gäbe es selbst einen, der den Dienst des Kaisers mit dem der Kunst vereinigte, ich könnte es ihm nicht nachtun. Nur unter Qual könnte ich mich jeden Tag zu Dingen hinreißen lassen, die gegen meine Natur sind, und mich denen entziehen, in denen allein mein Wesen sich auswirken kann. Ich würde auf jedem Gebiete nur Halbes leisten und alles Halbe ist wertlos; ich immer als nichts. Können Sie mich darin denn gar nicht verstehen, Ruth?“ bat er.

„Ich kann mir nicht helfen, ich finde es vernein. Beinahe als ob jemand ein großes, leeres Schiff verließ, um mit einem kleinen Boot ins Ungewisse hinauszufahren.“

„Kolumbus galt seinen Zeitgenossen auch als verrückt, Ruth“, fuhr er betriebl fort, „wenn Sie wüßten, wie weh Sie mir tun! Ich glaube, Sie hätten Vertrauen zu mir.“

Ihr Herz zitterte unter seinem ersten leidenschaftlichen Blick. In diesem Augenblick wurde sie sich deutlich der Macht bewußt, die er über sie besaß. „Ich traue Ihnen gewiß alles Schöne und Gute zu, aber man soll auch das Schicksal nicht herausfordern.“

„Ich fordere es nicht heraus. Im Gegenteil, ich betrete die Bahn, auf die es mich gebietet drängt. Wie könnte ich auch etwas Unschätziges tun, wo ich keinen heißeren Wunsch kenne, als Ihnen das Leben so schön zu machen, wie es in Menschenkraft steht. „Ruth“,

bat er, „sagen Sie mir ein gutes Wort. Ich will ja kein Versprechen, nur die Hoffnung, daß ich Sie einst als Gefährtin auf meinem Wege finden werde. Es sollen Rosen an diesem Wege wachsen, das gelobe ich Ihnen. Denken Sie nur einen Augenblick an das, was ich mir so oft ausmale — ein Heim, ganz durchleuchtet von geistigen Kräften, und Sie die Sonne dieses Heims, mein Antrieb zu allem Großen, meine schöne Rose.“ Der Zauber seines Wesens wirkte sehr stark. Einen Augenblick war's ihr, als möchte sie sich an seine Brust werfen und sagen: Ich gehe mit dir. Führe mich, welchen Weg du willst. Aber sie standen ja im Freien, dicht an einem vielbegangenen Wege.

Und jetzt hörte sie vom Hause her ihren Namen rufen. Susanne erschien in der Balkontür. „Ruth! Mutter braucht dich.“

Die frische helle Stimme brach den Zauber. „Gut, ich komme.“

Noch immer hielt Gismar ihre Hand fest. „Wann gehst du wieder?“ Morgen?“

„Morgen bin ich verheiratet.“

„Wie schade! Und übermorgen muß ich in dienstlichen Angelegenheiten auf ein paar Tage verreisen. Aber sobald ich zurück bin, komme ich und frage, ob Sie eine Stunde für mich übrig haben.“

„Ja, ja.“ Sie stand schon halb abgewendet vor ihm.

Und denken Sie an alles, was ich Ihnen erzählte, und sagen Sie mir dann, daß Sie mir recht geben und mir vertrauen.“

„Ruth, aber so kommt doch!“ rief Gise ungeduldig. Da eilte sie davon, und er stand und sah ihr nach, bis der letzte Zipfel ihres Kleides hinter der Haustür verschwand war.

Zerstreut und unachtsam ging Ruth durch ihre täglichen Obliegenheiten; sie dachte und dachte. Die Zukunft — ihre Zukunft hatte ja neben die Schleier gelüftet und ihr wahres Gesicht gezeigt. Und der Hauptzug dieses Gesichtes hieß Armut. Fern der gewinnenden Liebenswürdigkeit und der Ueberredungskunst Gismars schien ihr sein Vorhaben wieder als erschrecklicher Reiz. Vertrauen verlangte er von ihr. Gewiß, er war ein edler Mensch,

ein lauterer Charakter, aber eben ein Idealist, der durch seine Luftschlößer spazieren ging wie andere durch ihre Flecker und Wälder; ein Poet, der in seinen Träumen die harten Ecken und Kanten der nützlichen Wirklichkeit vergaß. Es war nicht ihre — Ruths — Schuld, daß sie sie um so deutlicher sah. Ihre ganze Jugend war ein Stoßen gegen Kanten, ein Umschiffen von Ecken gewesen. Wie oft hatten die Schwestern neben der Mutter gesehnen, wenn diese sich den Kopf über dem Wirtschaftsbuch zerbrach, oder über den Versuch, der Armut ein Mäntelchen umzuhängen. Vor jedem berechtigten Anspruch auf Lebensfreude hatte die Armut mit warnendem erhobenem Finger gestanden wie der schmerzbeehrte Cherub vor dem Paradiese. Wie hatte man gerechnet und gepart und zu Neujahr gebangt, ob die Rechnung des Arztes und des Apothekers etwa den mühsam aufrecht erhaltenen Etat über den Haufen werfen würde. Freilich, der Mutter hatte das alles nicht ihren frischen, prächtigen Mut, der Schwester nicht den Humor genommen. Aber um so mehr litt sie selbst darunter. Es gab ja auch in der Natur Pflanzen, die auf magerem Boden verkommen. Wer konnte ihnen das zum Vorwurf machen?

Armut war und blieb die Fessel für Leib und Seele, die kahle Wüste, die hagerer Unheilbringerin, die mit dünnen Fingern den Schmelz von allem Schönen abstreifte, alles Feine ins Grobe verzerrte und selbst vor dem Heiligtum der Liebe nicht Halt machte. Aus Armut in Armut wollte Klaus sie führen. Bei dem Gedanken fühlte sie einen Unwillen gegen ihn in sich aufsteigen. Dabei war die Pension des Vaters, so kärglich sie war, wenigstens etwas Festes, womit man rechnen konnte, das an bestimmten Tagen so sicher erschien wie die Sonne. Die Einnahme eines Schriftstellers dagegen, der von Stimmungen abhängig war und vom Wohlgefallen der Verleger, würde die immer haften, wenn es galt, Miete zu bezahlen und Kohlen und Brot. Und wenn nicht, dann würde man Schulden machen müssen und hinabgleiten in die Boheme.

Bisweilen kam ihr tröstlich der Gedanke an jenes schlesischen Dichters kunstschönes, reiches

Heim; auch sollte es ja Helden der Feder geben, zu denen das Leben mit Gold und mit Kränzen kam, aber gehörte Klaus zu diesen? Hier war der Punkt, wo ihr Vertrauen versagte. Gismars Unterfangen schien ihr nicht besser, als wenn man sich im dichten Nebel den Bergen anvertraute. Gewiß, man konnte das Ziel erreichen, aber weit wahrscheinlicher war, daß man vom Wege abirrte und in einen Abgrund stürzte.

In Sorgen und Sinnen verging der Tag. An die Reunion dachte sie nur mit Unlust. Da brachte am Nachmittag ein Bote einen Strauß herrlichster Marischall-Nel-Rosen, lauter erlebte Exemplare. Jakob Schepensbedes Karte war daran befestigt. Ruth steckte ihr Gesicht in die duftige Pracht, um ihr Erörten zu verbessern; Susanne meinte: „Was wird Gismar dazu sagen?“

„Ich bitte dich, eine landläufige Aufmerksamkeit! Wer macht davon ein Aufhebens? Sei doch nicht kleinsüßig“, sagte Ruth leichtsinnig, indem sie ihr einziges Festgewand aus dem Schrank nahm, ein gelbes Seidenkleid, das, einst zu einer Hochzeit angeschafft, von Susanne mit unendlicher Geduld wieder aufgefressen worden war. Es stand ihr ausgezeichnet, und als sie dann einen großen Tuff der Rosen am Ausschnitt befestigte, meinte Susanne, die Schwester noch nie so schön gesehen zu haben. Trotzdem — „Ich weiß doch nicht, ob ich mir an deiner Stelle Herrn Schepensbedes Blumen ans Kleid stecken würde.“

„Du mußt doch zugeben, daß sie mich kleiden“, lachte Ruth. Alle Schwestern war von ihr abgefallen. Der Duft und die Berührung der taufreichen Blüten schienen sie förmlich übermütig gestimmt zu haben. — Und dann kam auch schon der Wagen, um sie abzuholen.

„Wann kommst du wieder?“ rief Susanne, als schon die Pferde anjagten.

„Das hängt ja nicht von mir ab.“

„Oh, spät wird es nicht werden“, lachte die Baronin, „ich denke, dies ist ein Vergnügen, das man am besten mit Maßen genießt.“ —

(Fortsetzung folgt.)

Die Stellung des Papstes als Oberhaupt der Kirche

... Zu jenen Einrichtungen der katholischen Kirche, die Christus selbst schon bei der Stiftung der Kirche zur Ausübung der Kirchengewalt geschaffen hat, gehört in erster Linie der Primat. Das ist ein Dogma der katholischen Kirche, welches in den Evangelien Matthäus 16 und Johannes 1, 35 f. seine Begründung findet. Der Inhaber des Primats, seit Ciriakus (viertes Jahrhundert) „papa“ genannt, ist das sichtbare Oberhaupt der gesamten Kirche, in ihm wird die Einheit der Kirche verkörpert. Nach dem Papstsystem, welches selbst in seinen äußersten Konsequenzen auf dem Vatikanischen Konzil im Jahre 1870 dogmatisch fixiert wurde, liegt im Primat die „plenitudo potestatis“, d. h. die ganze Fülle der Kirchengewalt. Dem Papste steht somit die oberste Lehr- und Verwaltungs- und Disziplinargewalt zu.

Sichtlich der Lehre hat der Papst die übernatürliche Fähigkeit unfehlbarer Erkenntnis in Glaubenssachen „*ex cathedra loquitur*“. Dies wurde ebenfalls durch das oben erwähnte Vatikanische Konzil dogmatisch festgelegt. Der Papst hat über die Reihhaltung der Lehre in der ganzen Kirche zu wachen, ihm liegt ferner allein das Recht zu, gültige Gesetze für die ganze Kirche zu erlassen (ius commune), von solchen Gesetzen zu dispensieren und Privilegien zu erteilen.

Sichtlich des Kultus macht der Papst über die Einheit im Ritus, Liturgie und Verwaltung der Sakramente. Er ist sodann die höchste Instanz in allen Disziplinarsachen und in allen Angelegenheiten, welche die Kirche heutzutage noch einer Gerichtsbarkeit unterliegt. Dem Papste steht es zu, die Kirche zu vertreten, allgemeine Konzilien zu berufen, Bischöfe zu ernennen, aufzuheben und zu unterwerfen, deren Sprengel zu ändern, Mönchsorden zu bestätigen, allgemeine Steuern anzulegen, Kirchenämter zu besetzen und Aufsichtsorgane zu ernennen. Er hat die Oberaufsicht über die gesamte Tätigkeit aller kirchlichen Organe. Zu diesem Zwecke inselborende sind die Bischöfe und exempten Prälaten verpflichtet, alle Jahre einen in lateinischer Sprache abgefaßten jährlichen Bericht über den Zustand der Diözese einzusenden und zwar nach gewissen im Gesetze bestimmten Fragepunkten. Endlich steht dem Papste die Vertretung der Gesamtkirche nach Außen zu.

Dem Papste gehören gewisse Nutzungsrechte, und zwar seit der Aufhebung des Kirchenstaates (im Jahre 1870) eine Jahresdotations von 825 000 Lira, die die italienische Regierung dem päpstlichen Stuhle durch das sogenannte Garantiefgesetz vom 15. Juni 1871 zugewiesen hat. Papst Pius IX. hat jedoch das Garantiefgesetz nicht angenommen, da er es für seines Amtes in die Veräußerung des als Kirchengut zu betrachtenden Kirchenstaates nicht einwilligen durfte. Ferner ist dem Papste ein Teil des Agensvertrages gewisser Benefizien zu entrichten. Ihm gehören die Pensionsgelder, das sind die bei Verleihung des Palliums zu entrichtenden ziemlich bedeutenden Tantiemen. Die Erträge der Dispensationsstagen und des Peterspennings bilden hingegen kein dem Papste sicheres ständiges Einkommen. Sie werden hauptsächlich für Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke verwendet.

Ferner gehören dem Papste gewisse Ehrenrechte. Diese treten hervor in der Titulatur; in der Sprache heißt ihm der Titel: „Sanctitas Vestræ“ oder „Sanctissimo Pater“ (Eure Heiligkeit); ferner in den Titeln seines Amtes und in den Ehrenbezeichnungen. Zu letzteren gehört die Oratorien, Privilegien und Mitglieder souveräner Häuser, welche sie durch Handlung, Bischöfe durch einen Ruf des Knie, die übrigen Kleriker und Laien durch das Kreuzzeichen auf den Bantöffeln. Des Papstes Stuhl ist schließlich in der Messe gedacht. An dem Altar, an dem er eine Messe zelebriert hat, darf an diesem Tage kein Priester zelebrieren. Dem Papste ist überall Ehrfurcht zu bezeugen. Sein Leib wird in der Peterskirche begraben, die Exequien für ihn dauern neun Tage.

Weitere Lohnverhandlungen bei der J. K.

Kattowitz, 8. Februar.
Wie bereits gemeldet, sind die Lohnverhandlungen für das ganze ober-schlesische Industriegebiet am Sonnabend, den 4. 2. 22 gescheitert. Nach den Angaben der Arbeitgeber hat die J. K. nur die Deckung einer Lohnerhöhung bewilligt von 14 Mark durchschnittlich für den Bergbau. Die Arbeiterorganisationen haben, weil sie sich mit dem Satz von 14 Mark nicht einverstanden erklärten, die J. K. als Vermittlungsinstanz angerufen. Es fanden dann am Montagabend bei der J. K. in Oppeln Verhandlungen statt, in der die Lage nochmals besprochen wurde. Die Arbeitervertreter legten an Hand von einschlägigem Material dar, daß die Löhnerverhältnisse in Oberschlesien höhere seien als anderswo, besonders im Industriegebiet Rheinland und Westfalen. Der Dezernent der Lebensmittelabteilung gab zu, daß die Steigerung der Lebenshaltung in Oberschlesien 1 Prozent mehr betrage, wie im übrigen Deutschland. Direktor Bane, Leiter des Wirtschaftsdepartements, gab darauf die Erklärung ab, daß die J. K. gewillt sei, die Differenz von 1 Prozent auszugleichen, was einer Lohnerhöhung von 1 Mark pro Schicht gleichkäme. Er würde sich dafür einsetzen, daß anstatt 14 Mark Durchschnittslohn, derselbe auf 15 Mark erhöht würde und außerdem das Kindergeld von 4 Mark auf 4,50 Mark. Somit hätte das Kindergeld die Höhen des Ruhreviers erreicht, und steht an erster Stelle. Der zweite Differenzpunkt besteht in der Abstufung für die Erzgruben, Eisen- und Metallhütten, Verfeinerungsindustrie und die Randgebiete.
Nach langwierigen Verhandlungen versuchte Direktor Bane die streitenden Parteien zu einer Einigung zu bringen und empfahl folgende Vorschläge:
Das Kindergeld wird von 4 Mark auf 4,50 Mark erhöht.
Für den Kohlenbergbau 15 Mark Lohnerhöhung pro Schicht.
Für Erz- und Eisenhütten 13 Mark Lohnerhöhung pro Schicht.
Für Metallhütten 12 Mark Lohnerhöhung pro Schicht.
Für Verfeinerungsindustrie 11 Mark Lohnerhöhung pro Schicht.
Für Randgebiete 9 Mark Lohnerhöhung pro Schicht.
Die Gewerkschaftsvertreter glaubten für die ersten beiden Gruppen eintreten zu können. Im übrigen müßten die Vorschläge in einem Premium verhandelt werden. Auch der Vertreter des Arbeitgeberverbandes, Oberdirektor Schmidt, versprach, die Vorschläge dem Arbeitgeberverband zu unterbreiten. Zu den Vorschlägen wird am Mittwoch, den 8. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Paritätischen Hauptauschuß Stellung genommen.

Lloyd George als Redner

Eine hübsche Schilderung, wie Lloyd George spricht und wie genau er alle Wirkungen auf seine Rede und über diese hinaus berechnet, gibt in einem englischen Blatt ein Zeitungsman in einer der Versammlungen, in der der englische Premierminister dieser Tage über die Lage sprach. Im Anfang der Rede, so erzählt der Augenzeuge, machten die Photographen auf der Galerie eine Blitzlichtaufnahme. Dann kam ein halbes Dutzend von ihnen herunter in den Saal, um Lloyd George in einer charakteristischen Pose auf die Platte zu bekommen. Es war eine ziemlich Geduldprobe. Ein halbes Dutzend Objektive waren auf den Redner gerichtet und ein halbes Dutzend Gestirte schielten dahinter her, auf den Augenblick wassend, der zum Knippen geeignet wäre. Bis etwa in der Mitte der Rede fanden sie dazu keine Gelegenheit. Dann brach Lloyd George von dem Wert der Konferenzen. „Diese Konferenz“, sagte er, „ist eine Spröde auf der Leiter, die es uns ermöglicht, hinaufzukommen“ — und, mit seinen feinen Worten folgend, ahnte er mit beiden Händen faßartige Sprünge in die Luft nach, „hinaufkommen bis zum endgültigen Ziel“. Seine rechte Hand mit ausgestrecktem Finger wies in unbegrenzte Höhe. Die große Zuhörerschaft war mitgerissen und hörte das Ende des Satzes nicht mehr an: sie brüllte vor Begeisterung. Aber die Leute mit der Kamera blieben ruhig, und Lloyd George, obwohl ganz in seinem Gedankenlauf aufgehend, bemerkte doch recht gut, wie sie sich verhielten. Er ließ den Arm sinken, während der Beifall noch anbauerte, dann, sich gegen die Photographen wendend, hob er ihn wieder und hielt still, während er seinen Satz wiederholte: „Hinaufkommen bis zum endgültigen Frieden auf Erden.“ Die Photographen zögerten sich erkenntlich für diese Rücksicht auf ihre Bedürfnisse und hielten den Ministerpräsidenten in dieser Stellung für die Nachwelt fest.

sein, wenn die Werke in genügender Weise ausgebaut werden sollen. Erschwerungen polnischerseits werden auch hier befürchtet. Um die Eisenindustrie in Ost-Oberschlesien auf der Höhe zu halten, hat die polnische Regierung den Beschluß gefaßt, die in der Nähe Oberschlesiens sich befindenden Erzlager eingehend zu erforschen und zu diesem Zwecke erhebliche Mittel ausgemworfen. Das bisherige Ergebnis der diesbezüglichen Arbeiten läßt nach dem „Breslauer N. Nachr.“ angeblich keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Polen nach einigen Jahren in der Lage sein wird das ober-schlesische Revier mit 40 bis 60 Prozent des Bedarfes an Eisenerzen mittlerer Güte zu beliefern. Damit die ober-schlesische Eisenindustrie unausgefüllt arbeiten kann, will die polnische Regierung, wenn die jetzige Zeit der Scheinkonjunktur vorüber ist, mit Staatsaufträgen für die ober-schlesische Industrie herauskommen. Wie weit sich das verwirklichen wird, bleibt abzuwarten.

Die administrativen Veränderungen, die die Zinkindustrie in Oberschlesien bis jetzt vorgenommen hat, zeigen, daß namentlich sie sich der ungeheuren Tragweite, die sich durch die Zuteilung dieser Industrie an Polen ergeben hat, wohl bewußt ist. Die ganze Zinkproduktion Oberschlesiens ist bekanntlich auf polnisches Gebiet gefallen. So weit es geht, trachten die Zinkhütten die Ausfuhr, die für sie immer die Hauptsache war, nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten. Daß die Grundlagen der Existenz und der Entwicklung der Zinkindustrie sichergestellt werden, dafür wird hoffentlich in genügender Weise Sorge getragen werden. Im übrigen wird die Lage der ober-schlesischen Industrie im ostober-schlesischen Gebiet selbst von polnischer amtlicher Seite infolge der Lösung der alten Beziehungen und der ungenügenden Vorbereitungen neuer Absatzgebiete als unsicher betrachtet.

— (Zu Regierungsräten) wurden ernannt: Die Regierungsräte von der Regierung Oppeln, Bräuer in Oppeln, v. d. Rühre in Oppeln, Köhling in Oppeln, Ebbinghaus in Oppeln.

Kunst u. Wissenschaft

Stadttheater in Reisse „Der Schellenkönig“

Komödie in 3 Akten von J. L. Nagel.
Eine Uraufführung... Ueber den Verfasser sei es mir erlaubt, ein wenig zu sagen. Der Herr Verfasser ist ein junger Mann, der in der Gegenwart im öffentlichen Leben eine gewisse Rolle spielt. Der Uraufführer hat aus der Geschichte des Häftlings Koch zehn Tage länger als nötig war, „sagen“ lassen. (Ob so etwas 1. in der Geschichte und 2. heute noch möglich ist?) Um nicht noch mehr mit den Paragaphen in Verbindung zu kommen, gewährt der Antikritiker dem Häftling mehrere Gefängnisbesuche als notwendig ist, aber gerade dadurch, daß er mehr in Unrecht. Der Häftling begründet seinen Wunsch, weiter in Haft zu bleiben, mit der langen Jahreszeit; es ist strenger Winter. In der Freiheit aber hat der Häftling noch einiges mehr dem Kerkerholz, ist nämlich das verächtliche Oberhaupt einer Häftlingsgesellschaft, der „Schellenkönig“, die Häftlinge seit längerer Zeit auf den Gefängnis mit auf die Eisbahn. Das Schicksal will es, daß der Präsident seinen Abendspaziergang ausgerechnet zu jener Eisbahn nimmt. Der Antikritiker

ter hört davon, befürchtet einen Überfall des Häftlings auf den Präsidenten und eilt mit dem Gefängniswärter Gollatsch und dem (ziemlich unwahrscheinlichen) zurückgekehrten Referendar zur Eisbahn. Die drei stehen draußen wie der Häftling auf den Präsidenten zugeht. Der überreife Referendar läßt seine Finte losgehen, und Präsident und Häftling rennen gemeinsam in die schützenden Mauern der Stadt. — Am folgenden Morgen ist Revision, worauf der Präsident seinen „Lebensretter“, den Häftling Koch auf das Wärmste empfängt, da er gestern Abend in der Annahme war von den drei herausführenden Gefangen überfallen zu werden. Da tritt Kriminalkommissar Stecher ein. Der Häftling und das antwortende Ehepaar schwören in fürchterlicher Angst: der erstere in Anbetracht seiner ungeführten Falschspielerei, die letzteren vor der Entdeckung des rechtswidrigen Gefängnisentlaufes Kochs. Kriminalkommissar Stecher hat aber inzwischen herausgefunden, daß Koch mit dem Gefängniswärter geflüchtet hat und zwar wiederum falsch. Er gibt dem Sträfling durch die Blume zu verstehen, daß man sein letztes Vergehen übersehen werde, ihn aber wegen seiner früheren Schandtaten festnehmen müsse. Der Sträfling gibt sich wehmütig mit dieser „Abfindung“ zufrieden, der Präsident ist grobartig hinterlistig nicht geföhrt, und der Antikritiker ist aus seiner Verlegenheit heraus. — Das Stück ist nicht übel durchdacht. Das Ende erinnert bei der allmählichen Entwicklung des Knotens durch den Kriminalkommissar nicht unangekommen an das Schlupfwinkel eines guten Detektivromans.

Der Sträfling Koch — jene Gestalt, mit der das Stück spielt oder fällt — gab Hans Thiede in seiner feinsten Regie. Als Antikritiker Melius war Kurt Kaminski nicht so glücklich wie in seinen bisherigen Rollen, vielleicht, daß ihm die Komödie weniger liegt. Die sonstigen Personen: die Antikritikerin Charlot (Christel Schu) Referendar Allan (Richard Griebe), Gerichtspräsident Bachmann

Aus Oberschlesien

Zum Umsturz im ober-schlesischen Montanrevier

Die in letzter Zeit im ober-schlesischen Industriegebiet durchgeführten administrativen Veränderungen beweisen, daß nicht nur die Eisenindustrie, sondern auch die Kohlenindustrie und die mit der Montanindustrie mehr oder weniger zusammenhängenden Zweige der ausgedehnten ober-schlesischen Industrie, so gut es eben geht, sich in den neuen Rahmen einzufügen trachten. Die bei der Abteilung für Handel und Industrie beim polnischen obersten Volksrat in Kattowitz einlaufenden Anträge auf Veränderungen bei der Industrie, mehrten sich immer mehr. Das der genannten Behörde unterstellte Oberbergamt in Kattowitz (mit Bergämtern in Königshütte, Rybnik und Tarnowitz) soll sich auch mit der Frage der Auffrischung neuer Kohlenbergwerke in Oberschlesien befassen. Trotz der ungeheuren Kosten, die eine Schachtanlage derzeit verursacht, ist geplant, mit dem Abteufen verschiedener neuer Schächte bald nach der Uebernahme der Verwaltung durch Polen zu beginnen. Man nimmt an, daß die Kohlenindustrie in Oberschlesien sich im Laufe der Zeit weiter heben und daß namentlich die Ausfuhr von Kohlen nach den östlichen Wirtschaftsgebieten einen vergrößerten Umfang annehmen wird. Bezüglich der staatlichen Kohlenbergwerke, die an Polen gefallen sind, wird verschiedenes projektiert, das noch nicht ganz zur Reife gediehen zu sein scheint. Sicher ist, daß speziell in dieser Beziehung polnische und französische Interessen sich vereinigen werden. Was die privaten Werke anbetrifft, so werden sehr starke Kapitalerhöhungen nötig

(Bernhard Plagge-Mathen). Kriminalkommissar Stecher (Walter Boginski), Gefängniswärter Gollatsch (Hans Bernhardt) und das Dienstmädchen Josefa (Jda Rosent) erfordern keine übermäßige Aufmerksamkeit und können als gelungen bezeichnet werden. — Das zur Hälfte besetzte Haus war lebhaft. Der Verfasser blieb ungeschoren. — Uebrigens gelangte das Stück gleichzeitig im schweidnitzer Stadttheater zur 1. Aufführung und ist für das Stadttheater Breslau in Aussicht genommen.

Stadttheater Ratibor

Krieg überall! Immer noch...
Japaner und Weiskruken dreschen sich mit Volschweiften im europäischen und asiatischen Rußland. Griechen und Armenier werden einander in Kleinasien spannen lassen sich in Afrika von Halbwilden, die von 1914-18 europäische Kriegskultur gelernt haben. Ohren und Nasen abschneiden und hernach die Schädel einschlagen. In Indien hat der Besuch des englischen Thronfolgers das Signal zu einem großen Aufruhr gegeben. Auf dem Vulkan vergeht kein Tag ohne daß irgend eine Schicht geschlagen wird. Italiener haben ihren bereits jahrzehntelangen Guerillakrieg in Tripolis noch immer nicht beendet.
Ueberall Krieg! Immer noch...
Nun ist bei uns in Oberschlesien die wir schon einige Putz der heißgekochten weiß-roten Volksseele zu befehlen hatten, in den letzten Wochen ein neuer Krieg erblüht worden. „Kini nicht schlafende, hellhörige Bürger der Stadt Ratibor“ haben dem Direktor des Ratiborer Stadttheaters den Forderung durch die Ratiborer Presse hingeworfen: „Ja — sie haben sogar mit gewaltiger Geste und noch gewaltigeren Worten den Ratiborer der Freikörperbühnen angekündigt. Jeder Ratiborer Kaufmann, jede Krämerbude zittert seit jenem Tage in

ihren Grundfesten vor den schwarzen, wild dräuenden Kriegswolken, die sich über ihnen zusammenballen...
Und der Grund zu diesem entsetzlichen Verhängnis?... Direktor Gottschiedt, vor dessen „Lichtigkeit und Idealismus“ die fünf hellhörigen Ratiborer trotz dem Wahn haben“, hat sich zu der Taktlosigkeit hinweisen lassen in dem Overentendmank „Kaiserplatz 3“ die Stadt Ratibor und ihre Einwohner fortgesetzt dadurch zu verunglimpfen und zu verhöhnen“, daß er, bezw. der Spielleiter des Schwanke, ein komisches Ehepaar aus Ratibor herkommen ließ...
Ist das nicht furchtbar? Das Ratiborer Stadttheater wird sehen, was es davon hat. Kein hellhöriger Ratiborer wird es mehr mit seinem Bluch beglücken. Das Ende wird sein: Der Zusammenbruch des neuen Kunstinstitutes. Denn die fünf hellhörigen Ratiborer waren ja immer nur die einzigen Theaterenthusiasten die bis jetzt täglich das Ratiborer Stadttheater füllten...
Wie wohl das Ende dieses entsetzlichen Ratiborer Krieges ausschauen wird?... Noch hat man von dem Streik der fünf hellhörigen nichts — aber auch nichts merken können... Und doch zittert ganz Ratibor einschließlich des Stadttheaters davon...
Direktor Gottschiedt hat es sich trotzdem nicht nehmen lassen einige Tage nach dem Ratiborer „Kaiserplatz 3“ eine schon abgerundete Aufführung von Schillers bürgerlichem Trauerspiel „Kabale und Liebe“ zu wagen. Und dieses Werk mit seiner sozialen Tendenz mit seinen Klampmemworten gegen die fittliche Fäulnis an den damaligen kleinbürgerlichen Sitten hat seine tiefe Wirkung auf das Ratiborer Publikum nicht verfehlt. Schaffner als alter Miller, Charlotte Rühlmann als Luise und Rabend als Ferdinand sowie die fittvolle Inszenierung trugen zu den starken Eindrücken dieser Klassikeraufführung wesentlich bei.
H. Sellmann.

— (Aufruf der christlichen Gewerkschaften.) Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erläßt im Zentralblatt einen Aufruf an die Mitglieder. Er fordert zur Zahlung eines einmaligen Beitrages in Höhe von einem Stundenlohn auf. Das Geld soll zur Durchführung der Bestrebungen und Ideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung dienen. Die Opferwilligkeit der christlichen Arbeiterschaft wird den Auf sicher nicht unbeachtet lassen. Es geht darum, die in der Arbeiterschaft ruhenden geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zur vollen Entfaltung zu bringen.

„1.“ (Zugverfehr.) Von Mittwoch, den 8. Februar ab verkehren zwischen Oppeln und Breslau nunmehr die Züge 277 und 288, die von Breslau nach Oppeln zu fahren sind, sowie die Züge 278-279 und 272-279, die von Oppeln nach Breslau zu fahren sind. Alle übrigen Schienen- und Personenzüge fallen zwischen Oppeln und Breslau aus, ebenso Zug 499 Breslau—Camenz—Oppeln zwischen dem Industriegebiet und Oppeln, sowie zwischen Oppeln und Camenz verkehren die planmäßigen Züge mit Ausnahme von D 58-58-37, die auch zwischen Myslowitz und Oppeln ausfallen.

— (Post-Tele.) Postanweisungen nach England kosten nach dem Stande vom 31. Januar 1 Pfund 950 M., je 100 der fremden Währung nach Argentinien 20 000, Belgien 1922, Dänemark 4484, Deutschland 8, Finnland 484, Frankreich 2014, Griechenland 1115, Japan 10685, Luxemburg 2014, Mexiko 22147, Niederlande 8949, Norwegen 3513, Schweden 5643, Schweiz 4338, Spanien 3360, Tschechoslowakei 427, Ungarn 33 M.

— (Wachhaus Vorbereitungen zur Uebernahme in Oberschlesien.) Wie aus Warschau gemeldet wird, berichtete in der letzten Sitzung des Sejm Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Leiter der polnischen Oberschlesienkommission, Minister Dłuski, über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen und betonte, daß eine große ober-schlesische Bank mit dem Kapital einer befreundeten Macht (Frankreich) im Entstehen begriffen sei, die der polnischen Regierung über die gefährlichen Klippen der Wafutafrage hinweghelfen soll. Die Vorbereitungen für die Uebernahme Oberschlesiens seien im vollen Gange. Es wurden 7 Starosteien gebildet, an deren Spitze sieben ortsanfällige Rechtsanwältinnen treten. Zum Wojewoden wird wahrscheinlich der Abgeordnete Rymer ernannt, zum Wajewojen Zurański aus Teschen (!) und an die Spitze des Polizeiwesens tritt Herr Wochekowski aus Teschen (!). 60 Prozent aller für den Justizdienst benötigten Kräfte seien bereits gestellt. Die militärische Formation steht unter Leitung des Obersten Modnicki.

— (Die Driskohlensteilen bleiben.) Die Orts- und Kreisbehörden wollten man in einer Reihe von Hausbesuchbesuchen auflösen und die Verteilung der Kohlen dem Handel überlassen. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hält dies aber für erheblich verfehlt. Die Versorgung mit Hausbrand werde voraussichtlich noch längere Zeit unbedenklich bleiben. Ohne sachgemäße Unterbreitung würden bedenkliche Zustände eintreten. Dem Reichskommissar stehen aber Zwangsmittel gegen eine Auflösung der Driskohlensteilen nicht zur Verfügung. Auf seinen Wunsch hat deshalb der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern die Regierungspräsidenten ersucht, einer Auflösung bis zum völligen Abbau der Kohlenzwangswirtschaft entgegenzutreten.

— (Die Sicherheit der Postpakete.) Der Verlust von gewöhnlichen Paketen wird von der Post nur noch auf Antrag des Empfängers oder des Absenders gemeldet. In vielen Fällen ist der Empfänger nicht darüber unterrichtet, daß er ein Paket zu erhalten habe, der Absender wiederum in dem Glauben, die Sendung sei dem Empfänger ausgehändigt. So beantragt weder der eine noch der andere Nachforschungen. Der Fortfall der Kontrollen bringt deshalb eine große Unsicherheit des Paketverkehrs und reizt zur Veruntreuung. Der deutsche Industrie- und Handelsrat hat deshalb sich in einer Eingabe an den Reichspostminister mit dem Antrag gewandt, das alte Verfahren der Festmeldung auch ohne Antrag von Absender oder Empfänger wieder einzuführen zu lassen.

— (Aus Handel und Industrie.) Die Maschinenfabrik Wolf Stephan's Nachfolger hat ihre Hauptniederlassung von Benthien nach Schwalbe verlegt. Die bisherige Hauptniederlassung in Benthien ist Zweigniederlassung geworden. — Die deutsche Gruben- und Schachtbaugesellschaft mit beschränkter Haftung in Breslau hat die Zweigniederlassung in Königschüttel aufgehoben. — Dafür ist mit einem Stammbetal von 200 000 Mark in Königschüttel eine „Gruben- und Schachtbaugesellschaft mit beschränkter Haftung“ ins Leben gerufen worden, zu deren Geschäftsführer Vergewaltigungsdirektor Januszowski ernannt worden ist. — In Kattowitz ist unter der Firma „Orien“ eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Großhandel mit Lebensmittel, Futtermitteln, Produkten der Eisenindustrie, Holzmaterial, Gerben, Schachtel- und Schachtelbierprodukten. Das Stammkapital beträgt 120 000 Mark. Geschäftsführer sind die Kaufleute Johann Fiebig und Stanislaus Grzymek in Kattowitz und Eugenius Richter in Krakau.

Kreis Gleiwitz

Kinderfürsorge

Der Ausschuss für Jugendfürsorge und Kinderbeschäftigung schreibt uns: Auch im Jahre 1921 waren wir vom Magistrat Gleiwitz mit der Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder auf dem Lande betraut. Wir haben insgesamt 302 Kinder untergebracht. Davon 105 Kinder im Auslande, wie Dänemark, Schweiz und Holland. Von diesen 105 Kindern waren 71 Volksschüler und 34 Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten. 187 Kinder waren im Harz, in Karlsruhe DS., in Grafenort, in Langenau-Wad und Leichnitz untergebracht. Hier von waren 184 Volksschüler und 23 Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten. 10 größere Mädchen waren in ländlichen Familien im Kreise Reize. Die Kinder kamen durchweg gut erholt und mit größerer Gewichtszunahme zurück. Besonders gute Pflege genossen die Kinder im Auslande. Wie herzlich sich die Beziehungen zwischen Pflegeeltern und Pflegekindern gestalteten, geht daraus hervor, daß fast alle Kinder noch im Briefwechsel mit dem Auslande stehen und zu einem Wiederbesuch herzlich eingeladen sind. Im Interesse unserer Kinder wollen wir hoffen, daß

wir auch in diesem Jahre eine recht große Anzahl Pflegekinder im Auslande zugewiesen erhalten.

— (Personalien von der Reichsbank.) Der Reichsbankinspektor Halling, von der hiesigen Reichsbankniederstelle ist am 27. Januar zum Reichsbank-Oberinspektor ernannt worden.

— (Eichlenverein „Allerheiligen“.) Infolge der veränderten Verhältnisse ist die „Glaube Klimes“ aufgelöst, nicht aber aufgehoben. Die Einladungen zu derselben behalten daher ihre Gültigkeit. Die Bekanntgabe des Vereinsvermögens erfolgt durch ein Inserat.

— (Der G. S. S. Oblein.) Gibt durch Inserat bekannt, daß das für Sonntag angelegte Fest bis auf weiteres verschoben wird.

— (Kontrolle.) Vorgekern früh setzte am hiesigen Bahnhof eine scharfe Kontrolle der Reisenden ein. Apothekanten und Befähigungspoliten kontrollierten jeden Reisenden auf seine Ausweispapiere und nach Waffen.

— (Untersuchung im Zusammenhang mit den Petersdorfer Vorgängen.) Die deutsche Regierung hat, wie die D. N. Z. erzählt, den früheren Reichskommissar für die Durchführung der Entwaffnung Staatssekretär z. D. Dr. Peters beauftragt, sich nach Schlesien zu begeben, um dort festzustellen, ob die in Oberschlesien eingetretenen Zwischenfälle, wie in der Mitteilung des französischen Vorgesetzten behauptet wurde, in Zusammenhang mit Geheimorganisationen stehen, die sich in Mittel- und Niederschlesien aufhalten sollen.

— (Ein interessanter Beleidigungsprozeß.) Bekanntlich hat der 1. Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins in Gleiwitz Herr Wenzel in einer Protestversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins im Juni v. J. die Bewirtschaftung des Gutes Gardel kritisiert. Der Deputierte des Gutes Gardel Dr. Stychinski glaubte sich jedoch betroffen und stellte durch den Magistrat Gleiwitz gegen Herrn Wenzel und den Redakteur Wirth Strafantrag. In dieser Angelegenheit steht nunmehr am 10. Februar ds. J. vorm. neunundvierzig Uhr vor dem hiesigen Schöffengericht Termin an. Herr Wenzel hat eine Reihe von Zeugen laden lassen und verschiedene Beleidigungsanträge gestellt. Der Ausgang des Prozesses dürfte von allgemeinem Interesse sein.

— (Der Gesundheitszustand in unserer Stadt.) hat sich auch im Monat Januar wiederum gebessert. Während im Vormonat 23 Erkrankungen (im Dezember 31) zur Anzeige gebracht wurden, gelangten im Januar 18 Erkrankungen zur amtlichen Kenntnis. Die Vertrieben sind auf Lungen- und Keuchhusten, Grippe, Diphtherie, Masern, Keuchhusten, Antr., Genidistarr und Kinderfieber. Grippe gelangte nicht zur Anzeige der Behörde. Die meisten Opfer hat die Lungenentzündung gefordert, von denen die zur Anzeige gebrachten 6 Erkrankungsfälle sämtlich tödlich verlaufen sind. An Diphtherie wurden 5 Erkrankungen mit 2 Todesfällen gemeldet. Dagegen waren an Masern und Keuchhusten in diesem Monat nur je 2 Erkrankungen mit je einem Todesverlauf zu verzeichnen. Außerdem kamen je ein Fall an Antr. und Genidistarr vor.

— (Sammlungen für das Kloster in Bichowitz.) finden gegenwärtig in unserer Stadt statt. Dem klosterrätlichen barmherzigen Bruder, werden, wie wir hören, erhebliche Schwierigkeiten bereitet, die auf die feinerzeitigen politischen Vorgänge im Kloster Bichowitz zurückzuführen sind. Wir möchten zur Klarstellung darauf hinweisen, daß heute die Dinge in dem Kloster Bichowitz anders liegen wie früher. Der damalige Prior ist nach Galizien versetzt worden und auch der größte Teil der Patres. Es ist dafür gesorgt, daß eine politische Einflussnahme seitens des Klosters nicht mehr erfolgt. Es liegt daher für die deutschen Katholiken absolut kein Anlaß mehr vor, weniger gebefreudig zu sein wie in anderen Jahren, um so mehr als die Kosten der Krankenpflege ganz erheblich gestiegen sind. Das Kloster hat ungefähr 60 Kranke aus Gleiwitz zu versorgen und die Gesamtkosten belaufen sich auf über 300 000 Mark.

— (Zum Dank.) Die Hospitalkommission und der Verein der Polizeireferenten haben dem Vizepräsidenten des Obersterichtshofes ein Anerkennungs schreiben übersandt, in dem sie ihm für die uneigennützigste Tätigkeit im Dienste der Armen und alten Leute den besten Dank aussprechen. In dem Brief waren Sammelbüchsen für die Anwesen des Hospitals und für die Witwen und Waisen genannten Vereins aufgeführt. Es waren wertvolle Beiträge eingekommen.

— (Graf Strachwitz-Abend.) Wer kennt nicht die einflussreichen Namen „Graf Strachwitz“, „Graf Strachwitz-Schwanenlicht“, — „Das Herz von Douglas“. Sie sind alle von unserem Heimatdichter Moritz Graf Strachwitz. Am 13. März 1922 können wir auf die 100. Wiederkehr des Geburtstages unseres schlesischen Dichters zurückblicken. Unser Volksbildungsverein will den hundertsten Geburtstag nicht unbeachtet vorüber gehen lassen und diesen Heimatdichter durch einen Vortragsabend feiern. Und was Herz Strachwitz nicht höher, wenn es hört, daß als Redner für den Strachwitz-Abend ein Enkel dieses großen Meisters, Graf Hubertus Kraft Strachwitz, gewonnen ist. Der Redner ist ein geborener Gleiwitzer und hat im vorigen Jahre uns mit einem Vortrag bereits erfreut. Damals lernten wir erkennen, daß Strachwitz ein hervorragender Redner und rege literarisch tätig ist. Nun wird er uns, der auch noch durch nahe Bande des Blutes mit dem zu feiernden Dichter verknüpft ist, die Eigenschaften des großen Dichters auch als Erzähler samt seiner Reizung zum Humor vor Augen führen. Es sei noch besonders betont, daß das tragische Schicksal, das dem Dichter schon im 26. Lebensjahr den Tod bestimmte, auf das innigste mit der Familie Strachwitz auf Schloß Raminitz im Gleiwitzer Kreise verbunden ist, besonders mit dem Leben Sidonies, die als Gräfin Saurma-Jeltich erst im Jahre 1912 in Raminitz starb. Ihr Vater war 16 Jahre Landrat unseres Kreises, ebenso ihr Bruder, der das Landratsamt in Gleiwitz auf der Deutzerstraße erbaute und in dem der Redner des Abends als jüngerer Sohn geboren wurde. Daher auch die Strachwitzstraße, die am Landratsamt vorbeiführt. Es steht den Gleiwitzern am Freitag, den 10. d. Mts. ein anregender warmherziger und heimatischer Abend im oberen Stadtparksaal bevor.

— (Diebstahl.) wurde eine Verkäuferin, der Diebe aus ihrem Zimmer wertvolle Sachen holten.

Kreis Hindenburg

— (Ein fischliches Familienhaus niedergebrannt.) — Das Werk von Brandstiftern. Eine ruchlose Tat, die in weiten Bevölkerungskreisen berechtigter Entrüstung ausgesetzt hat, ist, wie bereits kurz gemeldet, in der Nacht zum Dienstag auf dem neuen Siedelungsgebiete des Bergschlusses an der Ruisenstraße von vorläufig noch unbekannter Hand verübt worden. Kurz nach 8 Uhr abends wurde von den umliegenden Bewohnern beobachtet, daß aus dem zweistöckigen Familienhause in westlicher Richtung starke Rauchschwaden herausquollen. Die sofort benachrichtigten Brandwachen der Gemeinde Zabrze und des

Westfeldes der Königin Luisegrube bemühten sich, leider vergebens, das Feuer im Keime zu ersticken, was ihnen infolge nicht gelang, als die Hydranten vereist waren. Der vereinten Tätigkeit mit der Gemeindebrandwache, der freiwilligen Feuerwehr Hindenburg und der Brandwache der Donnersmarck-Hütte gelang es in anstrengender ständiger Arbeit, das gefährdete erste Familienhaus zu retten, während das zweite Haus bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte. Glücklicherweise war das Haus, das erst noch ausstrudeln muß, noch unbewohnt. Die echnungslos erwiesene wurde, ist das Feuer in einem Raum in dem Torfplatten zur Wandbekleidung lagerten, von freierhandiger Hand angelegt worden. Das Haus war für bergschaffische Angestellte bestimmt. Hoffentlich gelingt es bald, die Brandstifter zu ermitteln und der gerechten Bestrafung zuführen damit die Tat, durch die das Heer der Wohnungsuchenden noch vergrößert wird, wenigstens einigermaßen gesühnt wird.

— (M. G. S. Niederstafel.) Die Chorprobe findet diese Woche Donnerstag statt.

— (Diebstahl.) Dem Kaufmann Wolter wurden nach Zertrennung der Fensterhebel Rauchwaren im Werte von 14 000 Mark und einem Kaufmann in der Paulstraße aus dem Keller mehrere Kisten Margarine gestohlen. Der Schaden beträgt ungefähr 10 000 Mark.

— (Spindeinbrecher.) Am 4. ds. Mts. wurde einem Schmier von der Konhordgrube im Schlafhause aus dem Spinde ein Lohndienst mit 17 000 M. durch einen Arbeitskollegen gestohlen.

— (Ein Kind vor dem Ertrinken gerettet.) Am 6. ds. Mts. ist auf der Werderstraße beim Aufstauen einer eingefrorenen Wasserleitung in eine Kliche, durch welche die Wasserleitung führt, derartig viel Rauch eingebrungen, daß ein zweijähriges Kind das dort von der Mutter ohne Aufsicht zurückgelassen worden war, bei ihrer Rückkehr in halbtotem Zustande unter einem Stuhle aufgefunden wurde. Ob Fahrlässigkeit oder Ablicht vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Durch ärztliche Hilfe gelang es, das Kind ins Leben zurückzurufen.

— (Einbruchdiebstahl.) In der Nacht zum 6. ds. Mts. wurde die Schaufensterhebe in dem Zigarrengeschäft Wolter auf der Friedrichstraße zertrümmert und Rauchwaren im Werte von 1400 Mark aus dem Schaufenster gestohlen. — Einem Kaufmann von der Paulstraße entwendeten Einbrecher aus dem verschlossenen Keller mehrere Kisten Balm und Margarine im Werte von 10 000 Mark. — Im Badehause der Guidostraße wurde einem Grubenarbeiter während der Schicht sein gesamter Anzug nebst Wäsche im Werte von 4 000 Mark gestohlen. Der Täter hat die Sachen an Ort und Stelle angezogen und dafür seine alten Lumpen zurückgelassen.

— (Wem gehört das Fahrrad?) Vor einigen Tagen beobachteten zwei Bahnbeamte, wie ein Mann, der ein Fahrrad auf der Schulter trug, vom Gemeindefeldhause nach dem Feldwege an der Faberstraße lief. Auf ihren Anruf warf er das Rad von sich und flüchtete. Das Rad, das am Hinterrad verschlossen war, trägt die Marke „Görke Nr. 509, 381“. Eigentumsansprüche können bei der hiesigen Kriminalpolizei gestellt werden.

— (Rada, 8. Februar. (Seuche.) Hier wurde die Maul- und Klauenpest festgestellt.

— (Bistuph, 8. Februar. (Richtpreise) für Fleis-, Speck- und Wurstwaren für die Zeit vom 6. bis 12. Februar 1922. Schweinefleisch 20 bis 25, Kalbfleisch bis 20, Rindfleisch je nach Qualität 14 bis 19, Talg 22 bis 25, Speck — dit — 31 bis 34, rohe Kalbawurst 32, gekochte 26, gute Leberwurst 25 bis 32, Braunschweiger 30, Preßwurst 25 bis 30, Jungebraten 32, Margarine 29,50 Mark das Pfund. Schmalz 2 Mark über den Einkaufspreis. Geringere Ware wird unter diesen Preisen verkauft.

— (Bistuph, 3. Februar. (Höchstpreise.) Laut Vereinbarung der Kaufmannschaft und den Verbrauchern sind für die Woche vom 6. Februar 1922 bis 12. Februar 1922 von der Paritätischen Preisprüfungsmission nachstehende Höchstpreise pro Pfund festgesetzt worden: Roggenmehl 70 Prozent markenfrei 5,00 Mark, Weizenmehl 70 Prozent markenfrei 6,00 Mark, Gerstenaupha 6,50 M., Perlwaure — fein — 7,20 Mark, Perlwaure grob 6,60 Mark, Weizenkleie 7,00 Mark, Hartgrieß aus Weizen 6,20, Weizenkleie 4,50 Mark, Eier-Mudeln 9,00 Mark, Eier-Edemaus 12,00 Mark, Zucker 6,30 Mark, Brudkreis 6,25 Mark, Vollreis 9,00 Mark, Erbsen — gewöhnliche — 5,50 Mark, Bittererbsen 6,50 Mark, Bohnen — weiße — 5,50 Mark. Die vor der Gemeinde gefertigten Bohnen zu dem von der Gemeinde festgesetzten Preise. — Heringe — Schoten pp. — 1,70 — 2,40 Mark, Steinhalz mit Verpackung 0,80 Mark, Siedelalz mit Verpackung 1,10 Mark, Haferstroh 5,80 M., Weiz 6,00 Mark, Kernseife 15 Mark, Marklaffee 10,50 Mark, Sauertopf 2,60 Mark, Margarine bis 29,50 Mark, reines Schweinefett 2 Mark über den Einkaufspreis, Butter 2 Mark über den Einkaufspreis, Eier 3,20 Mark je Stück, Eier klein 3,60 Mark je Stück, Petroleum 9,00 je Liter. Höhere Preise als die vorstehend genannten dürfen seitens der Kaufmannschaft nicht gefordert werden und nur der notwendige Haushaltsbedarf beliefert werden. Artikel in Originalpackung müssen zu dem auf der Packung vorgezeichneten Preise verkauft werden, da sonst bei Ueberretung strafbar vorgegangen wird. Gleichzeit wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorrichtung des Aushängens von Preistafeln streng durchgeführt werden muß.

— (Bistuph, (Bestandene Prüfung.) Das Abiturium mit Befreiung vom Mündlichen bestand am staatlichen Gymnasium zu Kattowitz Herr Willi Kretschmer von hier.

— (Kunzendorf, 8. Februar. (Raubüberfall.) In die Wohnung des Schneidemeisters Mierswa drangen Dienstag abends nach 6 Uhr 6 bewaffnete Banditen ein und forderten unter Vorhaltung von Waffen die Herausgabe des Bargeldes und der Stoffe. Der Ueberfallene rief um Hilfe. Die vorübergehende Streife eilte sofort nach der Wohnung. Die Banditen konnten aber entkommen. Erbeutet haben sie nichts.

Kreis Benthien

— (Bassziernit-Prozeß.) Im Bassziernit-Prozeß sollten Dienstag Nachmittag die Strafanträge gestellt werden. Da der Staatsanwalt aber mit der Ausarbeitung der Strafanträge noch nicht fertig werden konnte, kam es am Dienstag Nachmittag nur zu einer vierstündigen Verhandlung. Der Vorsitzende machte die Angeklagten Bassziernit, Doffmann, Solowidnik, Wolfo Bann, Waskawil, Wintia und Wifler darauf aufmerksam, daß ihre Bestrafung auch noch aus den §§ 133, 137, 246, 249 Str.-G.-B. erfolgen könne. Darauf wurde die Sitzung auf Mittwoch 11 Uhr anberaumt. Es sollen dann die Strafanträge bekannt gegeben werden.

— (Unheilvolles Dienstmädchen.) Ein Dienstmädchen stahl ihrer Herrschaft, nachdem es drei Tage im Dienst war, einen Damennmantel, eine Silber-Damenuhr und verschwand. Es nannte sich Viktor Bhtomski.

— (Verurteilte Motorbube.) Im Jahre 1921 wurde dem Hausbesitzer Adolf Madalski aus Michowitz ein elektrischer Motor gestohlen. Der Einbrecher wurde erfaßt, flüchtete mit dem Motor und verfrachtete ihn in einem Kartoffelfeld. Die Missetat, aus Michowitz bezog. Stadtrichter-Dombraba, Karl Skogist, Felix Gola und Josef Wient wurden ersterer zu 4 Jahren, die beiden anderen zu je 2 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und den übrigen Nebenkräften verurteilt.

— (Lunaf.) Ein Lehrer fiel die zum Bahnhofsmittel führenden Treppen hinunter und wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

— (Diebstahl.) Dem auf der Feldstraße wohnenden Fleischermeister Murgos haben Eisebuben Reichwaren für ca. 15 000 Mark und einen Handwagen gestohlen.

— (Ein Abenteuer.) Vor dem Schöffengericht hatte sich der in Österreich geborene Kaufmann Wilhelm Carl wegen Betruges zu verantworten. Er gibt an, Leiter einer Alltiegenschaft in Pnignitz gewesen zu sein, die sich mit dem Import von Waren befaßt hatte. Nach Ausweis seiner Briefbogen hat er ein kaufmännisches Büro in Konstantinopel unterhalten. Im Juni 1920 habe er sich bei einer hiesigen Dame mit seiner angeheirateten Frau als „Kriegsverlebter“ eingefügt. Im dem ihm dort zur Verfügung stehenden Telefon machte er ausgiebigen Gebrauch und als nach vier Wochen die Telefonrechnung eine Höhe von 70 Mark erreicht hatten, verschwand er spurlos. Auf bezahlte er die Miete nicht. Anzeichen, daß er die Telefon zu Schiebergeschäften benutzte, Staatsanwaltschaft in Berlin, Breslau, Oppeln, Glas und Reife suchten ihn auch schon seit längerer Zeit. Der Angeklagte wurde zu einem Monate Gefängnis verurteilt.

— (Unterdrückung im Amte.) Der beim Magistrat Benthien beistellende gewesene Volksbildungsbeamte Brodel hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Unterdrückung amtlicher Gebote in Höhe von ca. 17 000 Mark zu verantworten. Als Volkslehrer in Friedenshütte hat er mehrere Tausend Mark der vereinnahmten Gelder verschleift. Als er dann während des Maiaufstandes wieder in der Stadt beschäftigt wurde, hat er mit den hier einfallenden Geldern das Defizit in Friedenshütte gedeckt und dadurch wieder neue Löhne aufgemacht. Durch Eingebaltung eines Teiles seines Gehalts und durch Rückzahlung ist der Fehlbetrag bis auf 10 000 Mark gedeckt. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

— (Kochberg, 7. Febr. (25 Jahre.) Lazarus verwalter Wallisch konnte kürzlich auf eine 25-jährige Tätigkeit in den Diensten der Gemeinde zurückblicken. Einige Tage später feierte er seinen Hochzeit und zwei Tage darauf trat seine Tochter vor den Traualtar. Aus all diesen Anlässen war die Familie des in der Gemeinde beliebten Jubilars Gegenstand vielfacher Ehrungen.

— (Kattowitz, 8. Febr. (Verfälschungen.) In Anerkennung ihrer Verdienste haben folgende Personen Ehren-Briefe erhalten: Friedrich Schmalz, Hermann Josef, Krawitzsche Karl, Marfista Eugen, Hermann Josef, Wifla Viktor, Strachin Richard. Der Aufseher Valentin Glaczkla von hier (Brennerei) feierte am Dienstag, den 7. d. Mts., sein 25-jähriges Jubiläum. Wir gratulieren nachdrücklich. Kriminaloberwachmeister Dufek von hier wurde als Bestatter in den Diensten der Gemeinde — Gruppe Benthien — gewählt. — Das dem Magistrat Emanuel Glaczkla an der Hindenburgstraße gelegene Hausgrundstück wurde vom Wädelmehle Wella für 45 000 Mark käuflich erworben. Hierorts wurde ein Mieterhuthverein gegründet, in welchem die Herren Lehrer Sand und Woll als Vorsitzende fungieren. Die Sammlungen finden im Vereinszimmer des Herrn Schindler statt. — In der Nähe des Rostfittm Waldes wurde der Gastwirt und Schwarzschützler Potterha aus Kattowitz und noch ein Viehhändler aus Kattowitz von 4 Banditen verangene Woche überfallen und ihrer Barchak beraubt. Den Banditen fielen 5700 Mark in die Hände. Den Tätern ist man auf der Spur.

Kreis Königschüttel

— (Unterstützungs- und Beerdigungsverein 1892.) Die Monatsversammlung am 5. d. Mts. nachmittags 10 Uhr in der Turnhalle des M. V. leitete der 1. Vorsitzende, Dr. Stauffer. Nach Aufnahme eines neuen Mitgliedes kam der Anlaß des Vereines an den Verband der u. u. V. Vereine im abzuwählenden Oberschlesien zur Sprache. Der Verein muß sich danach dem Verbands anfügen und ist auf für eine gerichtliche Eintragung. Die Sterbegeld wurden demnach wesentlich erhöht, welche Maßnahme dem Vereine gewiß zahlreiche neue Mitglieder zuführen dürfte. Mit den bisherigen Beiträgen hofft man trotzdem auch weiterhin auszukommen.

— (Die Volksbildungsvereine.) Der Volksbildungsverein (Kattowitz) beider Sprachen bei St. Schwa, am 5. d. Mts. nachmittags im „Dankhaus“ war stark besucht. Auch Prälat Dill und Kuratus Fische waren anwesend. Sämtliche „Schauspieler“ traten in dem schönen religiös-gesellschaftlichen Drama „Marienritt“ wohlwollend beifall. Eine bessere Darstellung ist in den abgelebten Verhältnissen selbst durch Bemühen kaum denkbar. Die Frauen stülte die Gesellschaft durch musikalische Beiträge aus. Zum Schluss für die Besucher der Veranstaltung ein musikalisches Festmahl. Hoffentlich entspreche der künftige Erfolg den abgelebten Erwartungen. Allen Beteiligten herzlichen Dank!

Kreis Kattowitz

— (Aufgabe des städtischen Dienstes.) Wie gemeldet, wird Bürgermeister Leu, der seit 2 Jahren den Posten des ersten Bürgermeisters verwaltet, bei Inkrafttreten der polnischen Verfassung im Dienste der Stadt nicht weiter verbleiben. Bürgermeister Leu soll Aussicht haben, einen anderen Verwaltungsposten zu übernehmen.

— (Ein tolles Saunestück.) wurde Dienstagabend in der belebten Friedrichstraße ausgeführt. Im hiesigen Pfandlokal erschienen kurz vor Schluss des Geschäftslokales mehrere Banditen. Sie besetzten die Lokalkasse und begannen alles Gold und Silber und wertvolle Pfandstücke einzupacken. Die des Geschäftslokales wurde von ihnen nicht verlassen und Kunden wurden ohne weiteres herausgelassen. Die von ihnen verlangten Sachen wurden ausgehändigt, zum Teil erhielten sie noch Geldbullen dafür aber das Geschäftslokal nicht verlassen. Einzeln mußten sie sich mit dem Gesicht nach dem Pfand stellen und die Hände hoch halten. Drei Banditen hielten die Anwesenden in Schach. Der Pfandführer mußte lachlos zusehen, wie mehrere tausend Mark deutsches Geld und ca. 90 000 polnisches Geld, zahlreiche Goldstücke und viele wertvolle Gegenstände als Beute mitgenommen wurden. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Gemeindevertreterföhung in Hindenburg

Die unsicheren Verhältnisse in Hindenburg — Kommunale Maßnahmen gegen das Wohnungssehd — 1000 neue Wohnungen — Beitritt zur „Gagfah“ mit 50 000 Mk. Einlage — Appell an die säumigen Hausbesitzer — Elektrische Beleuchtung der Hauptstraßen — Gegen die Häuserjehieber — Erhöhung des Wasserpreldes — Gleichberechtigung beider Sprachen in der Praxis — Geheimföhung

Hindenburg, 8. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der geistigen Sitzung widmete Bürgermeister Schwan dem kürzlich verstorbenen Rektor i. R. Baunert, der viele Jahre in den verschiedensten kommunalen Ehrenämtern der Gemeinde tätig war, einen warmempfohlenen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise.

Sodann wurde in die ziemlich umfangreiche Tagesordnung, die allerdings zum Teil auch in geheimer Sitzung erledigt wurde, eingetreten. Unter „Mitteilungen“ verliest der Bürgermeister zuerst ein Dankschreiben des Ehrenbürgers der Gemeinde Hindenburg, Geh. Oberregierungsrat Dr. Seche in Potsdam, für den ihm seitens der Gemeinde ausgesprochenen Neujahrsglückwunsch.

Hierauf kommt der Bürgermeister auf die unsicheren Verhältnisse in Hindenburg zu sprechen, von denen auch die Gemeinde in zwei Fällen betroffen wurde. Er weist auf die Veranlassung des Rassenbotes hin, dem bekanntlich in der Dämmerstunde vor dem Rathaus eine Utentafel mit 15 000 Mark und wichtigen Papieren geraubt wurde. Einen Tag darauf sei auch der Rassenbote des Gemeindegewerks auf der Pfarrstraße am helllichten Tage überfallen und seiner Tasche mit 500 Mark beraubt worden. Es sei allerhöchste Zeit, daß wir uns sicheren und ruhigeren Verhältnissen nähern.

Bürgermeister Schwan berührte sodann auch die in Betracht gezogenen Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot.

Im Hinblick auf die regierungsföhtig angeordnete Bestandsaufnahme sämtlicher Wohnräume warnte er vor zu großem Optimismus, da man ihren Erfolg auf höchstens drei Duzend freierwerdende Zimmer veranschlage. Dies sei natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein im Hinblick auf die große Zahl der Wohnungsuchenden, die gegenwärtig schon weit über 2000 betrage, und in Rücksicht auf die vielen Hunderte der dringlich Wohnungsuchenden. Zu letzteren treten in Kürze noch die zahlreichen doppelt dringlich Wohnungsuchenden, da nach hier 100 deutsche und polnische Polizeibeamte verlegt werden sollen, zu denen noch je 50 Post- und Polizeibeamte hinzutreten, die mit ihren Familien nach hier überföhren werden. Als wirksamste Mittel zur Beföhmung der Wohnungsnot kommt also nur das Bauen neuer Wohnungen in Frage. Ueberforderungszufüsse aus der Druckmaschine, die ständig Banknoten erzeugt, zum Wohnungsbau zu bewilligen, sei natürlich heller Wahnsinn. Das Geld betr. Erhebung einer sogenannten Mietssteuer, aus deren Erträgen neue Wohnungen gebaut werden sollen, dürfte demnach von der kommunalen Kommission auch für Überflüssigen gehalten werden. Die erforderlichen Vorarbeiten zur Erhebung der Steuer sind bereits seitens der Gemeinde getroffen worden. Zur Finanzierung dieser Wohnungsbauten hat sich in Berlin-Steglich eine Gesellschaft gebildet, die sich den Namen „Gagfah“, d. h. Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angehörigen-Heimstätten beilegt. In Gleichzeit ist bereits eine Tochtergesellschaft entstanden, der die Stadt Gleichzeit mit einem Betrage von 20 000 Mark beigetreten ist. In Anbetracht der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache hat sich der Gemeindevorstand entschlossen, den Beitritt zu dieser Gesellschaft als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu legen. Die „Gagfah“, hinter der die Reichsanstaltenversicherung steht, sind alle größeren Angehörigenverbände angeschlossen. Sie gibt nicht nur die Bausche und gewährt Hypotheken in Höhe von 90 Prozent, sondern trägt auch den Teil der Ueberforderungszufüsse, zu deren Zahlung sonst die Gemeinde verpflichtet ist. Ein Projekt, durch das in Hindenburg

1000 neue Wohnungen geschaffen werden, wird der Gemeinde demnächst vorgelegt werden. Zu ihrer Erbauung ist ein Darlehen von 30 bis 40 000 000 Millionen Mark erforderlich, das die „Gagfah“ beschaffen wird. Nachdem die Versammlung die Dringlichkeit der Vorlage anerkannt hatte, wurde beschlossen, der „Gagfah“ mit einer Einlage von 50 000 Mark beizutreten.

G. B. Hille bemerkt noch hierzu, daß sich auch schon in Hindenburg über 40 Interessenten gemeldet haben und über 100 Mitglieder für eine Interessengruppe gesammelt worden sind. Es bestehe auch die berechtigte Hoffnung, die Großindustrie zur Beitragsleistung heranziehen zu können.

Auf einen aus der Versammlung gemachten Einwand, die Gemeinde solle auch der Beschaffung von Bauföhren erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden, erwiderte Bürgermeister Schwan, daß mit dem Bächter der Gemeindebezugsstelle bereits ein Abkommen in Vorbereitung sei, durch das dieser verpflichtet werde, seine gesamte Jahresproduktion zum Tagespreise, der stets von dem Ziegeleiverbund nachgeprüft werde, an die Gemeinde zu verkaufen.

Bezugnehmend auf einige Zeitungsartikel betreffend die

schlechte Bürgersehtreinigung u. Straßenbeleuchtung bemerkt der Bürgermeister, daß ihm die betr. Artikel durchaus aus dem Herzen gesprochen haben. Besonders die Bürgersehtreinigung schreie zum Himmel. Er ergreife deshalb die Gelegenheit, an die Hauswirte den dringenden Appell zu richten, aus eigenem Antrieb ihrer Bürgersehtreinigungspflicht nachzukommen und nicht erst auf Grund polizeilicher Maßnahmen. Besonders elende Verhältnisse finde man auch vor den öffentlichen Gebäuden auf der Doroboenstraße (Amtsgericht, Knappschützazarett und Landratsamt). Er hoffe, daß diese in Zukunft der Bürgerseht in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel vorangehen werden. Die mangelhafte Straßenbeleuchtung sei tiefach auf das Eingreifen der Gasleitungen zurückzuführen. Eine durchgreifende Besehtigung verspreche er sich nur durch die

elektrische Beleuchtung der Hauptstraßen, die vom Gemeindevorstand bereits erwogen werde, da sie heller und zuverlässiger funktioniere.

Bürgermeister Schwan gab noch bekannt, daß der in der Gemeindevertreterföhung vom 16. Dezember beschlossene

Nachtrag zur Grundsteuerordnung

von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden ist, da der Regierungspräsident ähnliche Anträge auch anderen Gemeinden abgelehnt hat, weil die bisherige Steuer noch bis Ende dieses Jahres Gültigkeit haben muß.

Wahlen.

In die Baukommission wählte man Michael Smoboda, in die Schlichtungskommission Gemeindeföhten Bronzel, in den Finanzausschuß Brisch, Bednarek und Paul Dubiel, in den Verwaltungsausschuß Restaurateur Myslawiec.

Der Erhöhung der Verpflegungssätze für das St. Marienstift ab 1. Januar 1922 von 80 auf 200 Mk. pro Monat und Kind wurde ebenfalls zugestimmt. Bei der Bewilligung eines außerordentlichen Betrages für 14 zu Ojtern austretende Kinder stellt Gemeindevorstand Langritz den Antrag, die Summe, die als Beihilfungsbeihilfe Verwendung finden soll, von 10 000 auf 14 000 Mark zu erhöhen, damit auf jedes Kind 1000 Mark entfallen. Für den Antrag, der angenommen wurde, war nur ein geringer Teil der polnischen Fraktion zu haben.

Das Honorar für die augenärztliche Behandlung Dwisarmer durch den Augenarzt Dr. Olbrich, das

Humoresken vor, welche unter den Zuhörern den reichsten Beifall erntete.

Kreis Tarnowiz

Rektor Wöller-Stiftung

Unter diesem Titel stiftete am 12. Oktober 1843, der damalige Generaldirektor des Grafen von Tiele-Winkler, Friedrich Wilhelm Grundmann, mit anderen ehemaligen Schülern des Realgymnasiums zu Ehren des Rektors Walters die Summe von 100 Talern, deren Zinsen am 11. Januar jeden Jahres, dem Todestages Walters, zur Verbesserung des Lehrapparates der 1. Klasse Verwendung finden sollten und noch verwendet werden. Grundmann kam im Alter von 7 Jahren mit seinem Vater, einem Bergmann aus dem Mansfeldschen nach Tarnowiz gezogen. Hier besuchte er die evangelische Schule und nahm später auch an dem von Walter erteilten, über das Lehrziel der Schule hinausgehenden Privatunterricht — als armer Knabe unentgeltlich — teil. Auf der Grundlage dieses gediegenen Unterrichts bildete sich Grundmann mit Fleiß und Ausdauer weiter fort. Die oben erwähnte Stiftung ist somit ein Denkmal der Dankbarkeit der Tarnowitzer Bergmannsföhne für den uneigennütigen Lehrer, der es ihnen durch seinen Unterricht ermöglichte, später in recht ansehnliche Stellungen zu gelangen.

(Drohbriefe.) Verschiedene Polizeibeamte erhielten in den letzten Tagen Drohbriefe, in denen gefagt wird, sie sollen sich für die nächsten Tage zurechtmachen, um genügend Reie in Empfang zu nehmen. Es gelang bisher nicht, die Briefschreiber zu ermitteln, wenn man auch bereits eine Spur verfolgt.

(Reuiger Dieb.) Dem Kaufmann und Schneidermeister Fischer hatte, als er nachts gegen 12 Uhr vom Bahnhof kam und die Haustür aufschließen wollte, ein Mann einen Karton mit Sachen gestohlen und war damit geföhrt. Jetzt, nach etwa einer Woche, kam ein Vater aus Weihen heim, der hiesigen Postamt an Schneidermeister Fischer, Krakauerstraße an. Da es hier einen solchen nicht gibt und der Abföhner aus Königsbrunn nicht zu ermitteln war, wurde das Vater geöffnet. In

demselben befand sich der größere Teil der damals gestohlenen Sachen.

(Reinbruch auf der Nobelbahn.) Eine Tochter des Schneidemeisters Fortharz brach sich vor gestern bei einem unglücklichen Sturz beim Nobelen das Bein. Die Sanitätsbrigade trug die Leichentügel, die die leeren Schützen nicht abwärts der Nobelbahn hinaufföhren, sondern mitten zwischen den Nobelen mit ihrem Schützen die Bahn verstopfen.

(Geheime Damen.) Die hiesige Geheimpolizei und die der P. A. macht letzter durch alle Lokale, in denen die Lebendamen mit ihren Kabaretten verkehren streifen. Am geistigen Abend sind wieder 3 Damen, die sich nicht genügend ausweisen konnten, verhaftet und der Polizei übergeben worden.

Kreis Groß-Strehlig

Ottmuth Kreis Groß-Strehlig OS., 8. Februar. (Kath. Volksverein.) Am Freitag, den 2. Februar wurde in Ottmuth eine Versammlung des katholischen Volksvereins abgehalten, zu welcher Parteisekretär Schubert als Redner gewonnen war. Um 3 Uhr wurde sie durch den Steinbruchbesitzer Herrn Hauptmann Kluge eröffnet und geleitet. Nach herzlichen Worten der Begrüßung an die Versammelten den gleichfalls anwesenden Ortsparter Janik und den Redner des Tages erteilte er letzterem das Wort zu seinem Vortrag: „Ziel und Bestreben der katholischen Volkspartei“ In mehr als einstündiger Rede schilderte der Referent die Notwendigkeit des politischen Zusammenschlusses, um dann auf die Autonomie einzugehen, welche Frage Herr Schubert erschöpfend behandelte. Der Redner schloß mit einem warmen Appell zum Anschluß an die katholische Volkspartei, welcher Anregung auch Folge geleistet wurde. Nach ihm sprach Pfarrer Janik herrliche Worte des Friedens und der Versöhung und betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Katholiken in einer katholischen Organisation. Reicher Beifall wurde den Rednern zuteil. Nachdem Herr Hauptmann Kluge noch mit Worten der Begeisterung für die Kirche eingetreten, schloß er mit den Worten: „Nur im Zeichen des Kreuzes wird es liegen.“ Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

Kreis Tarnowiz

bisher nur 2000 Mark betrug, wurde ab 1. Juli 1921 auf 2700 Mark erhöht. Nach den bisherigen Sätzen zahlte die Gemeinde pro Konfultation durchschnittlich nur 5 Mark.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Beschlußfassung über die

Werknachsteuer.

durch die man besonders die sogenannten Häuserjehieber treffen will, die ein Haus, das sie erst beim Frühjahr gekauft haben, beim Abendbisch bereits mit wieder ansehnlichem Nutzen verkaufen. Die Versammlung genehmigte die Ordnung in der vorgelegten Weise, allerdings mit dem Zusatzantrag, durch den eine Steuerermäßigung von 2 Prozent bei denjenigen Grundstücksverkäufen gewährt wird, die von Besitzern getätigt werden, die schon längere Zeit Eigentümer des betr. Hauses und deshalb für die Gemeinde eine gute Steuerquelle waren.

Der Erhöhung des Wasserpreldes

von 1,50 auf 1,70 Mark wurde ebenfalls zugestimmt. Die abermalige Erhöhung war notwendig geworden, trotzdem die Gemeindevorstellung erst in der Sitzung vom 29. November v. Js. den Beschluß gefaßt hatte, ab 1. April d. Js. das Wassergeld von 1,20 auf 1,50 Mark zu erhöhen. Bereits am nächsten Tage wurde nämlich der Gemeinde vom Wassergeld die Mitteilung zuteil, daß der Wasserzins abermals erhöht werden muß. Einem Nachtrage zur Gebührenordnung für die Entnahme von Wasser durch die Großabnehmer, durch den sich die Gemeinde recht ansehnliche finanzielle Vorteile verspricht, gab die Versammlung ihre Zustimmung. Von dem Nachtrage wird derjenige Teil der Großabnehmer betroffen, der direkte Wasserlieferungsverträge mit dem Fiskus eingegangen ist, aber trotzdem noch Leistungen der Gemeinde benötigt. In Betracht kommen die Glasfabrik Eisner, der Schlachthof und der Bahnhof. Da die ersten beiden es abgelehnt haben, 20 Prozent Durchflußgebühr zu zahlen, war ein derartiger Zuschlag in der Wasserlieferungsordnung nötig geworden.

Die Genehmigung eines

Vertrages mit dem polnischen Bibliotheksverein

rief eine längere Debatte hervor. Die Gemeinde hatte nämlich seinerzeit für die polnische Bibliothek Räume in dem früheren Schülerhof Hotel zur Verfügung gestellt. Da nun die polnische Fraktion befürchtet, daß das seinerzeit gegebene Versprechen in Zukunft nicht innegehalten werden wird, hatte sie an den Gemeindevorstand den Antrag gestellt, die Vermietung der betr. Räume gegen eine jährliche Miete von 300 Mark vertraglich festzulegen. Dagegen auch die Genöhung einer jährlichen Unterstüßung von 5000 Mark und einen Pajus, durch den eine spätere Vereinigung mit der deutschen Bibliothek ausgeschlossen bleiben soll. Der Gemeindevorstand hatte deshalb einen Vertrag ausgearbeitet, durch den der Vertrag sofort gelöst wird, falls die Bibliothek Bestrebungen unternimmt, die sich gegen den Bestand des deutschen Reiches richten. Der Vertrag, der natürlich erst von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden muß, ist deshalb auch von einer späteren Gemeindevorstellung unzulässig, falls er von polnischer Seite innegehalten wird. Die Versammlung genehmigte den Vertrag, jedoch mit den beiden Zusätzen, daß eine Verrechnung mit der deutschen Bibliothek nur mit Genehmigung des Vorstandes des polnischen Bibliotheksvereins möglich ist und daß diesem, falls er sich einen Verstoß gegen den Vertrag zu schulden kommen läßt, eine einjährige Kündigungsfrist eingeräumt wird.

Der Aufhebung des Zuschlages zur Gasmessemiete, der bekanntlich in der Sitzung am 29. November v. Js. beschlossen wurde, stimmte man einstimmig zu, da der erwartete Gewinn für das Gemeindeföht ausgeblieben war, dafür aber zahlreiche Gasabnehmer geföhrt hatten.

Für den Anlauf eines Lastautos, mit dem in Zukunft die Kohlenanfuhr für das Gemeindegaswerk und die Anfuhr der Materialien für die umfangreichen Neustellungen der Gemeinde erfolgen sollen, bewilligte man 210 000 Mark, für eine Verbundleistungsanlage für das Schulkino im Anzeum 7000 Mark. Das Honorar für den Vertreter des Gemeindeföhts wurde auf die volle Höhe der Gruppe 11 festgelegt.

Sodann wurde in die geheime Sitzung eingetreten.

Kreis Oppeln

Parteiverfassungen im Kreise Oppeln

In Proskau.

Am Sonntag Abend um 5 Uhr drängte die Bevölkerung von Proskau in den Saal des Gasthausbesizers Odelga, denn die katholische Volkspartei hatte eine große Versammlung angelagt, in welcher der stellvertretende Generalsekretär Herr Rabot einen Vortrag halten sollte über das Thema: „Die bundesstaatliche Autonomie“. Der Saal konnte die Erschienenen kaum fassen. Der Vorsitzende Herr Simon eröffnete die Versammlung und gab seiner Freude über das zahlreiche Erscheinen Ausdruck, begrüßte den Redner des Tages Herrn Rabot, worauf er letzterem das Wort erteilte.

In ruhiger und sachlicher Weise behandelte der Referent die Gründe für und gegen die Autonomie.

Besonders klar widerlegte Herr Rabot den Vorwurf der Gegner, Autonomiestreben seien Reichseinde. In einer einstündigen Rede behandelte der Referent in glänzender Weise das Thema so erschöpfend, daß auch nichts zu fragen übrig blieb. Der reichlich gespendete Beifall der Versammelten betonte am besten, daß der Redner fast allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Als einziger Diskussionsredner sprach der Sozialdemokrat Wurgas, welcher in der letzten bekannten Weise längst abgedroschene Angriffe gegen die Partei im Allgemeinen und gegen einzelne führende Persönlichkeiten im besonderen vorbrachte. Aber gerade im Widerlegen der vorgetragenen Angriffe erkannte man, wie vielseitig orientiert der Redner war. Und geradezu frappierend wirkte die ruhige Lebenswürdigkeit, und resolute Widerlegung des Diskussionsredners. Es sprach noch Parteisekretär Schubert, welcher auf die Gewerkschaftsfrage im Allgemeinen einging, und die Mitglieder ermahnte auch die Beitragszahlung restlos durchzuführen, den die Wahlen, die uns bevorstehen, kosten eine große Menge Geldes, und wir werden nur dann unsere Stellung behaupten können, wenn ein jeder sich an der Aufbringung der Kosten entsprechend seinen wirtschaftlichen Verhältnissen beteiligt, wenigstens aber den Mindestbeitrag von 6,00 Mark jährlich entrichtet. Nachdem Herr Rabot noch ein begeistertes Schlusswort gesprochen, wurde um 7 Uhr die sehr schön und angeregt verlaufene Versammlung geschlossen.

In Elguth-Proskau.

Am Sonntag, den 5. Februar fand in Elguth-Proskau eine Versammlung der katholischen Volkspartei statt, die sehr gut besucht war, als Redner war Herr Rabot vom Generalsekretariat Gleichzeit erschienen. Nachdem die Versammlung vom 1. Vorsitzenden eröffnet war, erteilte dieser das Wort dem Redner des Tages Herrn Rabot, welcher das Thema: „Die politische Lage von der Revolution bis zur Gegenwart“ behandelte. In glänzender leicht verständlicher Weise entwarf der Referent ein Bild der Tätigkeit des Zentrums, und bewies, wie es zum Wohle des Volkes gearbeitet, was es zur Erhaltung des Reiches beigetragen, und warum es aus Reichsinteresse die bundesstaatliche Autonomie fordere. Mit gespanntester Aufmerksamkeit lauschten die Zuhörer den belehrenden Ausführungen, wofür ihm Beifall gezollt wurde. In der Diskussion sprach Herr Zukost, welcher die Ausführungen des Redners besonders unterföht, und in warmen Worten für den Ausbau der Parteiorganisation eintrat. Gegen 4 Uhr wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

In Brzydzich.

In Brzydzich wurde am 5. Februar nachmittags um 2 Uhr eine große Versammlung der katholischen Volkspartei abgehalten, die sehr gut besucht war. Besonders fiel es auf, daß auch die Damen stark vertreten waren. Die Versammlung wurde von Herrn Johann Kogon eröffnet und geleitet. Nach Worten der Begrüßung erteilte er das Wort dem Parteisekretär Schubert zu seinem Vortrag „Warum fordert die katholische Volkspartei die bundesstaatliche Autonomie“. Die sachlichen leichtverständlichen Ausführungen des Redners lösten mehrmals Beifallstürmen der Versammlungsteilnehmer aus. Nachdem der Referent noch auf die Notwendigkeit der Beitragszahlung hingewiesen hat, schloß er seinen reichlichen Vortrag mit dem Wunsche weiteren Ausbaus der Organisation. Reicher Beifall wurde ihm für seine Ausführungen zuteil. In der Diskussion sprach Herr Tannenbaum von der sozialdemokratischen Partei. Nachdem er sein Parteiprädicium hervorgehoben, welches halslose Angriffe auf die Zentrumspartei enthielt, wurde er von Herrn Schubert trefflich widerlegt. Eine größere Anzahl Mitglieder trat neu in die bereits bestehende und sehr gut entwickelte Ortsgruppe ein. Zum Schluß ergriß das Wort die eifrige Kassiererin Frau Maria Mita, die herzliche Worte des Dankes im Namen der Frauen und Mädchen von Brzydzich an den Parteisekretär Schubert richtete, und die Bitte aussprach, der Redner möchte recht bald wiederkommen. Gegen 4,30 wurde die sehr gut besuchte und schön verlaufene Versammlung geschlossen.

Kreis Ratibor

(Die Einwohnerzahl der Stadt Ratibor) beträgt gegenwärtig etwa 40 100.

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Kreis Ratibor

Bürger der Freiswertheide.